



BERLIN, MÄRZ 1936 • III. JAHRGANG 3. FOLGE

PREIS 15 RPF.

DER SCHULUNGSBRIEF



HAUPTSCHULUNGSAMT DER NSDAP
UND DER DEUTSCHEN ARBEITSFRONT

Die beiden Funfzeitschriften der Bewegung!

NS-Funk

bringt:

- Spezialausgaben für alle Reichsfender
- Das vollständige und ungekürzte Programm aller deutschen Reichsfender
- Sendefolgen von 60 wichtigen Auslandsfendern
- Aktuelle Berichterstattung
- 16 Tiefdruckseiten mit spannenden und interessanten Bildern
- Gute Romane, viel Unterhaltung, Rätsel, und Bastler-Eden
- Sehr viel Humor und immer kurz Balkies Karikaturen

20
Pfg.

Einzelheft 20 Pfennig
monatl. Bezugspreis
80 Pfennig (außer-
halb Groß-Berlins zu-
sätzlich Zustellgebühr)

Funf und Bewegung

die neue Zeitungsausgabe des „NS-Funk“,
bringt:

- Das Programm aller Reichsfender
- Wichtige Sendefolgen von 30 Auslandsfendern
- Gute Bilder
- Viel Unterhaltung
- Viel Humor
- Rätsel
- Manches Wichtige für den Bastler

10
Pfg.

Einzelheft 10 Pfennig, monat-
licher Bezugspreis 35 Pfennig
(außerhalb Groß-Berlins zu-
sätzlich Zustellgebühr)

Jeden
Freitag
neu!



BERLIN, MARZ 1936 • III. JÄHRG. • 3. FOLGE

DER Schulungsbrief

Hauptschulungsamt der NSDAP. und der DAF.

Aus dem Inhalt:

Herrl von Mehlfö: Scharnhorst

Waffendienst als Ehrenpflicht. Seite 82

Mahnmal der Unsterblichkeit Seite 85

Dr. M. Frauenhofer:

Schulung und Führernachwuchs Seite 86

Dr. H. A. Brunel:

Blut und Geist. Seite 87

Erich Malchke:

Das deutsche Gemeinschaftsleben im Mittelalter Seite 90

ABC der Außenpolitik. Seite 106

J. A. Womerley:

Aus der Geschichte der Bewegung: Unsere N.S. Presse. Seite 107

Fragekasten Seite 118

Das deutsche Buch Seite 119

Waffendienst als Ehrenpflicht

Als 1919 das Diktat von Versailles, dem der Tilsiter Frieden von 1807 zum Vorbild gedient hatte, uns die allgemeine Wehrpflicht verbot, wäre natürlich gewesen, sich des großen Niederfalls zu erinnern, der sie 1813 aufgerichtet hat, um Preußen vom Feinde zu läutern. Statt dessen wurden Stimmen laut, welche das Ehrenrecht jedes Deutschen, mit einer Waffe ausgebildet zu werden, als überholt und geistig bezeichneten. Auch die Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht hatten recht viel an den militärischen Einzelmaßnahmen Scharnhorsts anzuknüpfen, von denen allerdings manche, weil sie vor hundert Jahren zeitbedingt gewesen waren, mit Recht nicht mehr brandbar sind. Darüber wurde die großartige Einfachheit des Scharnhorstgedankens vergessen. Darüber verblähte auch heute noch zuweilen die Übereinstimmung, die den Wehrzielen sowohl David Scharnhorsts als Adolf Hitlers anhaftet.

Es wird daher im nachfolgenden versucht, aus dem biden wehrliterarischen Kuäuel, von dem der Kerngedanke Scharnhorsts unwiderruflich ist, den richtungsgebenden Leitfaden herauszulösen, den die Nation braucht, um die Geradlinigkeit zu verstehen, mit der unser Führer am 16. März 1935 fortsetzte, was Scharnhorst am gleichen Tage des Jahres 1813 in den Grenzen des Möglichen vollendet hatte. Dazu muß man allerdings die fachmilitärischen Einzelwege auf sich beruhen lassen. Sie waren oft recht kraus und vielverwickelt, auch Fehlwege sind darunter, und kaum einer erreichte zu Lebzeiten des großen Organisations ein voll befriedigendes Ziel. Aber das wesentliche des schöpferisch Neuen, nämlich die Ergänzung des militärischen Instrumentes durch die wehrpolitisch anteilhabende und anteilnehmende Nation, das

wurde durch Scharnhorst erreicht, und auf dieses Erkenntnis kommt es heute an.

Gewiß hat der Scharnhorstgedanke, daß jeder zur Verteidigung seines Vaterlandes geboren sei, Vorläufer gehabt. Dem Kantonreglement des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. oder den ersten Massenaufgeboten der französischen Revolution lagen ähnliche Gedanken zugrunde. Allein, zu Zeiten des preussischen Kanton-Gesetzes war von einer *verpflichtenden* Teilnahme der Nation noch gar keine Rede, und der Mangel der *levée en masse*, die schon Carnot einst als Hingespinnst gebrandmarkt hatte und die erst recht für das nachfriderizianische Preußen unbrauchbar war, wick in Frankreich reich jener verhassten Zwangshebung (*conscription*), die sofort wieder fiel, als der napoleonische Imperator fiel.

Es kam also für Scharnhorst darauf an, nicht einen nur geistmäßigen Zwang, sondern eine *gesinnungsmäßige Verpflichtung* zu schaffen, und dazu mußte zunächst einmal das ganze Gerümpel politischer Hemmungen beiseitegeschoben werden, das einem allgemeinen Drang der Nation zum Waffendienste hindernd im Wege stand. Der ständisch gebundene Staat mußte aufgelockert werden, um die Armee zu festigen. Das tat *Stein*. Die freiwillige Einsatzbereitschaft des Volkes aller Stände mußte geweckt werden, um den „Kriegsstaat“ zu schaffen. Das tat *Scharnhorst*.

Freilich erkannte der große Soldat sehr wohl, daß die militärische Vervollkommenheit der Armee in sich sachlich nur als *gezügelter Reform* von oben her betrieben werden und nicht als ungezügelter Revolution gelingen konnte. Diese hatte in Frankreich militärisch dahin geführt, daß nach sechs Jahren Krieg

nahezu alles wieder verloren war, was die Scharnhorstenhäusern überrannt hatten. Mit der preussischen Wehreform erreichte dagegen Scharnhorst, daß, so revolutionierend seine Ideen auch waren, die neugeschaffene Armee ihren ersten Zusammenstoß mit dem Feinde am 2. Mai 1813 bei Groß-Görschen in Ehren bestand. Der einzige zuverlässige Prüfstein, den militärische Arbeit hat, nämlich die Bewährung am Felde, bewegte den unbestechlichen Wirklichkeitsinn des Erneuerers, der Jena erlebt hatte, unausgesetzt. Zu diesem Zwecke hat er als Vorsitzender der Militär-Reorganisationskommission die alten Armee Reste scharf geklebt und geläubert. Er hat dabei sein ganzes geistiges und soldatisches Ansehen zugunsten der beruflichen und charakterlichen Hebung des Offizierkorps in die Waagschale geworfen. Er hat die Vorrechte des Geburtsadels in der Armee beseitigt und die Bahn freigemacht für ein Offizierkorps, dessen Auslese im Frieden auf geistigem und seelischem Adel, im Kriege außerdem auf Tüchtigkeit und Tapferkeit vor dem Feinde beruhte.

Über die Grenzen dieser beruflichen Arbeit hinaus suchte der staatsmännische Sinn Scharnhorsts unaufhörlich nach den schlummernden Wehrkräften im gesamten Volke. Die Nation sollte zum Nährboden der Armee gemacht werden. Aus diesem einen Gedanken heraus erhob er die Wehrpflicht zu einem Ehrenrecht, von dem kein Stand und kein Besitz befreit dürfe. Aus derselben Überlegung durfte es niemandem mehr erlaubt sein, den Soldaten so gering zu achten wie das üblich geworden war.

Um diesen gewaltigen wehrpolitischen Umbruch, um die Wandlung des militärisch unzulänglichen Ständestaates zum wehrpolitisch geleiteten Volksaufstand, pflegen in den meisten Scharnhorstbiographien viel schöne Zitate zu schwirren, durch die sich mancher heutige Volksgenosse des Scharnhorst-Studiums enthoben glaubt. Wichtiger als begeisternde Worte ist aber an der Scharnhorstzeit die Tatsache, daß sich damals ein großer Soldat von jähester Beharrlichkeit, unbestechlichem Charakter und unerschütterlicher Zuversicht mit wenigen Getreuen durchbohrte durch ein Dickicht von Widerständen, unter denen weder der Monarch noch die Masse fehlte, zu schweigen von Napoleon und seinen Schwergen. Nicht einmal die wachende Gegen-

überstellung, daß Scharnhorst die 22 000 Mann, mit denen Preußen auf seinen militärischen Tiefstand gelangt war, bis 1813 auf 280 000 brachte, trifft die Scharnhorstgröße im Kern. Sie lag vielmehr darin, daß die Viererzehnfachung der Armee verankert war im Volke bis in das letzte Dorf, und daß dieses Volk nun einen Armee-Mahnen vor sich aufgerichtet sah, in dem sich „alle moralischen und physischen Kräfte aller Staatsbürger“ vereinigen und betätigen konnten.

Es ist richtig, daß dieser Mahnen voller militärischer Mängel war. Scharnhorst hat daher mit aller ordentlichen Willenskraft darauf hingearbeitet, abseits der Organisation im großen, das Fackelkönnen der Armee, insbesondere des Offizierkorps zu heben. Aber niemals ist sein Wirklichkeitsinn leer geworden an der damals durchaus neuen Auffassung, daß die Armee, der Staat und die Nation so innig als irgend möglich zu vereinigen seien, „gleichsam ein Bündnis zu schließen hätten“, um die Freiheit des Vaterlandes zu erkämpfen. Darum die starke Betonung der Wehrpflicht als eines Ehrenrechtes für alle! Darum die sorgfältige Pflege und Auslese des Offizierkorps als eines Führertums von allen! Darum die Aufrichtung der Armee als einer Institution, getragen und gefördert durch alle!

Darum besteht aber auch das Blücherwort zu Recht, daß man schließlich alle Erfolge des Befreiungskampfes Scharnhorst verdanke. Er hat sie nicht erlebt. Aber er hat für sie gelebt bis an sein Ende.

*

Nach dem Gesagten könnte es scheinen, als habe Adolf Hitler das Scharnhorsterbe nur wieder ausgegraben, ohne ihm neues, eigenes Gedankengut einzufügen. Dem ist zu widersprechen.

Wenn es zu Scharnhorsts Zeiten geboten war, die allgemeine Wehrpflicht als einen Gegensatz zum veralteten Ständestaat zu begreifen, — im heutigen, dem Dritten Reich, ist es erst recht nötig, den 16. März 1935 ganz anders zu sehen als den 16. März 1813, das heißt: den „Aufbruch in ein Volk“, durch den das Werk Scharnhorsts in Breslau seine königliche Bestätigung fand. Der Ernst unserer Tage erlaubt keine billige Parallele zu jenem unvergeßlichen Tage der preussischen Geschichte. Denn, trotz

aller genialen Vorzeige Scharnhorsts war damals nur eine großartige Improvisation, eine nur behelfsmäßige Notwehr, wenn auch ganz großen Erfolges geschaffen. Sie hat zwar genügt, um den Korien zu stützen. Die allgemeine Wehrpflicht hat auch das größere Preußen von 1815 wesentlich gefestigt. Sie ist auch bis in den Weltkrieg hinein eine unvergleichliche, durch nichts anderes zu ersetzende Volkserziehungsschule gewesen. Aber sie hat nicht genügt, um die innere Anteilnahme der Nation am Scharnhorstgedanken zu erhalten. Gerade die Leichtigkeit und der Erfolg der militärischen Erfolge von 1864, 1866 und 1870/71 sind es gewesen, die — neben ganz anderen Ursachen — dazu beitrugen, das wehrpolitische Pflichtgefühl in der Führung des Volkes zu lähmen, statt zu beleben. So traten wir 1914 in den Weltkrieg ein als eine Nation, die ihrem größten wehrpolitischen Vorläufer Scharnhorst untreu geworden war.

Die Schwere des großen Ringens, das 1914 begann, hat dann noch einmal eine kriegerische Improvisation erzeugt, welcher die Geschichte ihre Bewunderung ebenfalls nicht versagen wird. Aber wiederum hat die innere wehrpolitische Anteilnahme, die Scharnhorst forderte, nicht hingereicht, um den Krieg aufrecht zu beenden. Sie hat noch weniger genügt, um die Wiederaufrichtung nach dem Zusammenbruch von 1918 erfolgreich durchzuführen. Erst Adolf Hitler hat die Voraussetzung zur wehrfreundigen Hingabe, nämlich die geeinte und innerlich Anteilnehmende Nation, geschaffen. Insofern stimmen der Führer und Scharnhorst für immer überein.

Sie unterscheiden sich aber scharf und klar dadurch, daß Scharnhorst den alten Ständestaat bekämpfen mußte, um ihm ein wehrbrauchbares militärisches Instrument zu schaffen, während Adolf Hitler eine wehrfreundige Nation und einen wehrbrauchbaren Staat als Instrumente schuf, um die militärische Teilkraft nicht wieder vereinsamt einem hoffnungslosen Kampfe auszusetzen, wie das im Weltkriege um so mehr geschah, je länger er dauerte. Die Wehrmacht kann also nicht mehr, wie es Scharnhorst als ein Kind seiner Zeit (es war die Zeit der militärischen Kriege), ganz naturgemäß wollte, „die Vereinigung aller moralischen und physischen Kräfte aller Staatsbürger“ sein. Heute ist es die gesamte personelle, materielle und ideelle

Wehrkraft der Nation, die allein dem unvergänglichen Scharnhorst gerecht zu werden vermag.



Gerhard Johann David Scharnhorst, geb. 12. November 1755 zu Vordenau, Königreich Hannover. Sohn eines Bauern.

1773 Eintritt in die vortreffliche Kriegsschule auf dem Wilhelmstein.

1778 – 1782 Leiter der Regimentschule des Dragoner-Regiments von Estorff.

1782 – 1793 Lehrer an der Artillerieschule in Hannover.

1793 – 1795 Batterieführer in dem hannoverschen Korps, das an den niederländischen Feldzügen gegen Frankreich teilnahm. Zweimal greift Sch. entscheidend in die Gefechtsführung ein.

1796 wird Scharnhorst daher Chef des Generalstabes der hannoverschen Armee.

1801 tritt er als Artillerist in die preussische Armee über, wo man ihn schon 1797 begehrt hatte. Kurz darauf gründete er die „Militärische Gesellschaft“ in Berlin und wird Direktor der Akademie für Offiziere.

1806 war er zwar Generalstabschef des Herzogs von Braunschweig, wurde aber bei Auerstedt ausgeschaltet, schließlich verwundet und geriet bei Lübeck in Gefangenschaft. Ausgetauscht verhindert er bei Preussisch-Eylau eine Napoleon günstige Entscheidung.

1808 ernannte ihn der König zum Vortragenden Generaladjutanten und zum Chef des Allgemeinen Kriegsdepartements, das heißt damals in prakt. zum Kriegsminister.

1810 mußte er auf Napoleons Verlangen dieses Amt aufgeben, arbeitet aber heimlich weiter.

Anfang 1813 beauftragte der König ihn mit der Leitung aller Rüstungen. Am 2. Mai 1813 wurde er bei Groß-Görschen verwundet; übernahm dessemungeachtet, die weltentscheidende Mission, Österreich als Bundesgenossen zu gewinnen, starb aber am 28. Juni 1813 in Prag an der Vernachlässigung seiner Wunde.

Neben dieser skizzierten Laufbahn steht eine fortlaufende schriftstellerische Arbeit, die fast allen militärischen Einzelgebieten galt, aber deren wichtigste Erkenntnis war, daß die Quelle des Unglücks von 1806/07 tief mit den innenpolitischen Verhältnissen Preußens verwebt sein müsse.



SCHARNHORST



Von 13000000
unserer Soldaten und Offiziere
sind gefallen 1903801
würden verwundet 4200000
von hundert Soldaten fielen 14
von hundert aktiven Offizieren 39

Der Staat versorgt:
Kriegsbeschädigte 804000
Kriegerwitwen 359000
Kriegerwaisen 136000
Kriegereltern 176000

DIE FAHNE HOCH!





Männer und Sippen starben im feldgrauen Ring vor den deutschen Grenzen. Der Besitz aber feierte Oergien feiler Eier, bis sich zum Schieber noch der Deserteur gesellte. In den Rot sank, was mehr ist als der Tod, die Fahne mit den Farben der Reinheit, des Blutes und der Härte. Als Niedertracht und Leid den Tatenruhm der Toten verrieten, bestimmte die ewig gerechte Vorsehung diesem Reich das verdiente Ende. Vergessen ruhte bestes Blut in fremdem Boden, bis eine kleine Kameradschaft Überlebender die Front der Treue im Volke neu formierte und mit waffenlosem Willen dem neuen Reich die reinen Farben wiedergab. Aus dem Ruhm des einzelnen wurde der Ruhm der Gemeinschaft. Der grauen und braunen Toten Tatenruhm fand seine höchste Form im neuen Heer des jungen Reiches. Ein Jahr schon läßt es jene Jugend waffenfähig werden, die, mit dem stärksten Waffeneid der deutschen Geschichte der Fahne verpflichtet, durch eigene Tat ihre Treue bekunden will, zu dem, was uns der Führer unbergänglich eingeprägt hat mit den Worten: „Mögen Jahrtausende vergehen, so wird man nie von Heldentum reden und sagen dürfen, ohne des deutschen Heeres im Weltkrieg zu gedenken. Dann wird aus dem Schleier der Vergangenheit heraus die eiserne Front des grauen Stahlhelms sichtbar werden, nicht wanken und nicht weichen, ein Mahnmal der Unsterblichkeit. Solange aber Deutsche leben, werden sie bedenken, daß dies einst Söhne ihres Volkes waren.“

Schulung und Führernachwuchs

Den Nationalsozialismus kann man nicht erlernen. Diese Tatsache zeigt sofort die Grenzen der Wirksamkeit der weltanschaulich-politischen Schulung auf und ist geeignet, den Weg erkennen zu lassen, auf dem das Ziel dieser Tätigkeit der Partei erreichbar ist. So gewiß aber zwischen Kunst und Politik die Gemeinsamkeit besteht, daß der eine mit zwanzig Jahren ein vollendeter Künstler sein kann und der andere mit sechzig Jahren nur ein wohlausgebildeter Dilettant, so wenig kann diese Tatsache uns von der Pflicht befreien, überhaupt Schulungsarbeit zu leisten. Es kommt nur darauf an, diese Arbeit in der Art und Weise vorzunehmen, daß, den einmal gegebenen Tatsachen entsprechend, ein positives Ergebnis erzielt wird. Neben der Eignung der Lehrkräfte und der Güte des Lehrstoffes, hängt nun das Ergebnis jeder Arbeit vor allem von der Art derjenigen ab, die erzogen und geschult werden sollen, und ihre Auslese und Bereitstellung ist entschieden das schwierigste der drei Probleme. Auch die beste Erziehungsarbeit und vollendetste Ausbildung muß dann wirkungslos bleiben, wenn ihr Objekt nicht von Natur aus geeignet ist, zu dem zu werden, wozu es gebildet werden soll. Ebenso wie eine Kriegsschule trotz hervorragender Lehrer und richtigster Erkenntnisse niemals gute Offiziere aus Menschen machen konnte, denen nicht der echte selbsttätige Geist angeboren ist, genau so wenig könnte eine politisch-weltanschauliche Erziehungsarbeit aus geborenen Materialisten oder Epikürem politische Führer der Nation gestalten.

So ist die Erfüllung der Aufgabe, einen politischen Führernachwuchs fortlaufend und für alle Zeiten dem deutschen Volk zu sichern, naturnotwendig nicht etwa nur Angelegenheit einer Organisation oder Dienststelle, sondern der gesamten Partei. Denn der Wert derjenigen Menschen, die der Ausbildung zugeführt werden können, hängt ab von der Anziehungskraft, die die Bewegung gerade auf jene ausübt, die ihrem Charakter und ihrer Fähigkeit nach zur politischen Führung berufen

sind. Daß diese Anziehungskraft auf die charaktervollsten und politisch fähigsten Menschen jeder Generation größer ist als die irgendeiner anderen Betätigungsform oder Einrichtung im Rahmen der Nation, ist daher für die Partei als Trägerin der Weltanschauung zwingende Lebensnotwendigkeit. Denn nur diese stärkere Anziehungskraft sichert der Bewegung für alle Zukunft jenes überlegene Maß von Charakter, Fähigkeiten und Willensstärke, das die Voraussetzung bildet für das tatsächliche Vorhandensein und Wirken als politischer Führerorden. Wenn dabei neben selbstverständlicher charakterlicher Sauberkeit und politischem Fingerzwingengefühl auch ein möglichst hohes Maß sachlichen Könnens gefordert werden muß, so deshalb, weil erst Sachkenntnisse und weltanschauliche Sicherheit ein Ganzes ergeben.

Jede Einrichtung dieser Welt wirkt an sich schon als Appell gerade an diejenigen, deren Wesen diese Einrichtung entspricht. Sorge der Partei aber muß es sein, daß der kämpferische Mensch sich zu allererst und zu allen Zeiten zu ihr hingezogen fühlt. Das aber wird solange der Fall sein, als die Bewegung unabweisbar auch eine kämpfende Bewegung bleibt und selbst jeden Anschein, daß sie ihre Aufgabe bereits restlos erfüllt habe und damit logischerweise überflüssig geworden sei, zu vermeiden weiß. Daß diese Forderung und Voraussetzung zu allen Zeiten von der Partei erfüllt werden kann, wird uns dann klar, wenn wir überlegen, daß die gewaltige Aufgabe der kommenden Zeiten darin besteht, die für die Grundsätze des Nationalsozialismus erkämpfte Anerkennung immer mehr auch zu ihrer selbstverständlichen Anwendung und Verwirklichung im Leben des einzelnen und der Gesamtheit werden zu lassen.

Die Erfüllung dieser Forderung aber bedingt härtesten Kampf und volles Einsetzen der Bewegung und gewährleistet damit die dauernde Gewinnung jener Menschen, die die Partei allein zu politischen Führern der Nation gestalten kann: der Kämpfer für ein Ideal.

Blut und Geist

Sind wir „Massenmaterialisten“?

Wenn wir das für unsere weltanschauliche Schulung so außerordentlich wichtige Verhältnis zwischen Blut und Geist ins Auge fassen, so zeigt es sich, daß hier der Nationalsozialismus ebenfalls einen neuen Standpunkt einnimmt, der sich — und das ist gewiß kein Zufall — auf eine ähnliche Formel bringen läßt wie die Grunderkenntnis, daß Nationalismus und Sozialismus untrennbar zusammengehören.

Aber wie das? So mögen manche unter uns, die vor dem Worte Geist zurückzucken, fragen. Betont der Nationalsozialismus nicht ohne Einschränkung die Macht des Blutes? Herkt unsere Lösung nicht: weg von den Spindeldürren, windigen Gebilden des Geistes, die nur eine trügerische Fata Morgana verzwiegeln, zurück zu allen blutmäßigen Bindungen?

Wenn solche scheinbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen wahren Nationalsozialisten auftauchen, so sind sie gewiß durch wenige Worte der Verständigung ebenso schnell zu beheben. Da mag uns der Vergleich mit der polnischen Lage einen guten Dienst leisten. Es gab innerhalb der bürgerlichen Welt Leute, und es waren darunter nicht bloß Hurrapatrioten, sondern ernste Männer, die sagten: Fort mit allem Sozialismus, denn Sozialismus ist Marxismus. Diese Politiker schertelten kläglich, denn mit Recht folgte ihnen niemand der also Angernien. Die ungeheure Kraft des Nationalsozialismus bestand demgegenüber darin, daß er diesen Fehler nicht machte, daß er den Arbeitern nicht sagte: Sozialismus ist Unsin, ist Wahnsinn und Verderb, sondern daß er ihnen erklärte: Sozialismus ist gut, das wollen wir auch, aber was ihr bisher so nanntet, ist ein falscher, entarteter, vergebener Sozialismus, darum kämpfen wir für den Sozialismus gegen seine Verräter, die sich frech Sozialisten nennen.

Sobald wir erkannt haben, daß die Lage gegenüber dem Geist heute eine ganz ähnliche ist, werden wir alles andere tun, als in diesem Bereich den Fehler machen, den jene bürgerlichen Politiker in Bezug auf den Sozialismus

begangen. Wir werden nicht sagen: Weg mit dem Geist! Sondern wir dürfen stolz bekennen: Der Geist, der steht bei uns! Wenn einmal in der Nachschau aus Jahrhunderten die Geschichte unserer Tage geschrieben wird, so wird es heißen: Damals brach sich der schöpferische deutsche Geist in der nationalsozialistischen Idee Bahn wie nie zuvor und setzte den unsterblichen Ungerst hinweg. Diese Tat des schaffenden Geistes konnte nur getan werden aus der Wahrheit heraus, daß Geist und Blut untrennlich zusammengehören, der Wahrheit, daß Geist ohne Blut nicht mehr Geist, sondern eine furchterliche Entartung, eine Krankheit und ein fressender Schaden ist. Gegen dieses Mißgebilde Geist ohne Blut, in dem das, was wir heute mit dem Wort Intellektualismus meinen, eingeschlossen ist, kämpften wir. Und das heißt: Wir kämpften für den Geist, gegen seine Verräter, die sich ebenso anmaßend wie unberechtigt die „Vertreter“ nennen und doch nur Mißbrauch mit dem Namen des Geistes treiben. Aber gerade deshalb überlassen wir ihnen diesen Namen nicht, so wenig wie wir den Marxisten den Namen des Sozialismus überließen. Das wäre noch schöner, wenn es die jüdische Zerklebung durch ständigen Mißbrauch fertiggebracht hätte, uns einen unserer wundervollsten Begriffe zu verleiden, in dem die Sturmische, brausende, stehende Bewegung (denn dies bedeutet das Wort Geist ursprünglich in unserer Sprache) zum Sinnbild für alles abverrätische Gestalten geworden ist.

Indessen, nichts dürfen wir weniger tun, als bei Unklarheiten oder gar Phrasen stehenbleiben. Wenn wir also die untrennbare Zusammengehörigkeit (nicht Gleichheit!) von Blut und Geist vertreten, so müssen wir genau angeben, was wir unter diesen beiden Polen verstehen. In der Tat treiben hier sofort wieder die schwachen Mißverständnisse. Wenn wir von Blut und Geist reden, so hat dies nicht das mindeste zu tun mit der Entgegensetzung, die man zwischen Körper und Geist, zwischen Stoff und Geist zu

machen prägt im Sinn des Sichtbaren und Unsichtbaren, des Körperlichen und Unkörperlichen. Zudem unsere Gegner uns diese Fehldeutung vertunlich oder auch böswillig untergeschoben, legen sie Stoff und Blut gleich, und das Märchen vom „Klassenmaterialismus“ ist fertig.

Aber Blut ist doch etwas Stoffliches? Als Flüssigkeit, die in unsern Adern pulsiert, gewiß! Aber dieses rote Blut, das bei der Hingabe des Lebens für die Gemeinschaft wirklich fließt, ist uns ja nur ein heiliges *Sinnbild* für etwas, was weit über die Körperwelt hinausreicht. Alle Wirklichkeitsmächte bezeichnen wir mit solchen anschaulichen, symboldurchdrungenen Bildern. Bei dem Wort *Geist* (Sinn) sahen wir eben, daß es sich damit nicht anders verhält. Also handelt es sich bei Blut und Geist wohl um den Unterschied von Natur und Geist? Obwohl diese Entsprechung nicht ganz so fehlerhaft wie die zwischen Stoff und Geist, trifft sie doch keineswegs das Wesentliche. Mißverständnisse entstehen sofort wieder, wenn man an jene Lehren denkt, daß der Geist die Natur überwinden solle. Von da aus wird dann dem Nationalsozialismus vorgehalten, daß er bei der Natur stehenbleibt und darum einen Rückschritt bedeute, womit bewiesen ist, was man sich, gleichviel durch welche Trugschlüsse, zu beweisen vorgenommen hatte.

Nun, was ist dann also Blut? Darauf laßt sich eine sehr eindeutige Antwort erteilen. Die *Welt des Blutes* ist eine *Welt der Gemeinschaft*, und zwar der ursprünglichen Gemeinschaft, die überhaupt denkbar ist.

Dies wird besonders deutlich, wenn wir einen bekannten Begriff als Gegensatz zum Veraleidsen heranziehen. Die innere und die äußere Welt, die das Ich, das Einzelwesen umgibt, nennt man dessen Umwelt. So im Recht nun auch der Begriff einer solchen Umwelt besteht, so wird man ihn in Zukunft doch nicht gebrauchen dürfen ohne den ergänzenden Begriff einer anderen Welt, die ich die *Blutwelt* nennen will.

Die Blutwelt ist einerseits in uns als Inbegriff aller durch unsere besondere Art und Anlage bedingten Haltungen, Wertungen, Neigungen und Abneigungen; andererseits ist sie *a u ß e r* uns in allen, die gleichen Blutes mit uns sind, die also denselben Neigungen und Abneigungen unterliegen, ja sie wird ebenso verkörpert durch die Gegenstände seiner Neigungen, d. h. durch alle

Dinge (seien es nun die Landschaft, Boden, Tier und Pflanze, seien es innerweltliche Angelegenheiten), zu denen das gemeinsame Blut diese Menschen in einer gemeinsamen Weise hinstrebt. All dies ist in der Blutwelt miteinander verknüpft und verbunden. *Von der Umwelt allein kommt man nie zur Gemeinschaft.* Daher muß jeder Wirklichkeitsbegriff, der die Blutwelt vernachlässigt, falsch und unvollständig bleiben, da ihm das Wichtigste fehlt, nämlich eben die Vorstellung der Gemeinschaft.

Eine große tragende Wirklichkeit, die ein umfassendes Ganzes darstellt, kommt nur in der *Übereinstimmung von Blutwelt und Umwelt* zustande. Wo die Umwelt der Blutwelt entspricht, da ist Heimat und Halt, da ist Geborgenheit in einer tragenden Wirklichkeit. Wo die Umwelt der Blutwelt entgegengesetzt ist, da ist Fremde, Angst und Verwirrung. Die Wucht einer großen Wirklichkeit, wie sie sich im Nationalsozialismus äußert, beruht nicht zuletzt auf der Tatsache, daß hier Umwelt und Blutwelt wieder miteinander in Übereinstimmung gebracht sind. Was wir heute erleben, das ist der gewaltige, jahrhundert-, nein jahrtausendelange vorbereitete Durchbruch der deutsch-germanischen Blutwirklichkeit.

Zugleich wird aber gerade hier sichtbar, daß eine solche Wirklichkeit immer auch eine Wirklichkeit des Geistes ist. Denn der Begriff der Blutwelt selber schließt ein Heiliges unmittelbar und sehr wesentlich ein. Während das Ich selbst Zentrum der Umwelt ist, die es umgibt, sind die Einzelwesen gleichen Mates in der Blutwelt zu einem Kreis der Gemeinschaft zusammengeschlossen, der seinen unsichtbaren Mittelpunkt in dem *Artgesetz der Rasse* hat, der diese Menschen angehören. Rasse ist eben darum Rasse und kein unverbundener Mischmasch von Eigenschaften, weil sie eine einheitlich bedingte Gestalt, etwas Geformtes, etwas Geprägtes ist. Also schon in dieser Hinsicht waltet der Geist, der sich überall findet, wo Gestalt und Form anzutreffen sind, im reinen Blut, während er die zerrüttete, in unzusammenhängende Teile auseinanderfallende, also sich selbst aufhebende Blutwelt wie alles Chaotische verläßt. *Wo die Blutwelt nicht mehr durch ein geistiges Gesetz zusammengehalten wird, da fallen die Neigungen sowohl der ver-*

schiedenen Menschen wie auch die Regungen in der Einzelseele selbst in eine unverbindende Menge von verschiedenen Trieben auseinander, von denen jeder für sich seine Begrriedigung sucht. Das bedeutet: Blut ohne Geist ist nicht mehr Blut, ist keine Blutwelt, keine Welt ursprünglicher Gemeinschaft mehr, sondern stellt sich als eine Entartung dar, bei der aus dem Instinkt, diesem wundervollen Geheimnis der Natur, die eigensuchenden Instinkte im unblen Sinn des Wortes werden.

Jetzt erkennen wir die Zerspaltung von Geist und Blut deutlich als den Krebschaden des liberalistischen Zeitalters. Wohin wir blicken, überall treffen wir auf den aus derselben Wurzel entspringenden Ekragenlaß der Entartungen Blut ohne Geist und Geist ohne Blut. Man vergleiche nur etwa die wilde Triebabigkeit des brutalen Ausbeutertums auf der einen, und den blutlosen Intellektualismus, der sich wie Mehltau auf das Geistesleben jener Zeit legte, auf der andern Seite. Der Nationalsozialismus bringt uns dagegen die große Erkenntnis, daß Blutwirklichkeit und Geistwirklichkeit nicht ohneinander denkbar sind, daß beide sich gegenseitig bedingen.

Gangen wir vom Blut aus, um zu zeigen, daß es den Geist notwendig einschließt, so können wir jetzt ebenso gut den umgekehrten Weg durchlaufen. Geist ist Einheit, Zusammenhang, Ordnung, Gestalt. Wir können dafür auch sagen: Geist ist Zeugung aus einem Mittelpunkt heraus. Denn alles Schaffen, Gestalten, Bauen setzt an einem zugehenden Mittelpunkt an, um darum herum eine Ordnung aufzubauen. Wem das wohl gleich klar ist, der wird es sofort an einem Beispiel bestätigen finden. Wir fragen: Was ist eine schöpferische Idee, wie äußert sie sich? Darauf antworten wir: Eine Idee ist kein unendlich fernes Wunschbild, kein windiges Gedanken-ge-spinnst, sondern eine kraftgeladene Wirklichkeit, die von einem Punkt aus wie ein Magnet das um sie liegende Chaos in eine Ordnung umschafft. Nehmen wir nur das Beispiel, das uns zunächst liegt und das doch eines der größten aller Zeiten ist

Da ist ein Mann mit einem reinigen Häuflein Menschen, denen er den Anfang einer neuen, dem Chaos abgerungenen Ordnung aufgedrängt hat. Und dieser Mann behauptet: Wir

sind das wahre Deutschland, in uns ist es ver-
körpert. Und er richtet in der Mitte seiner kleinen Schar ein neues Banner auf und behauptet wiederum: Diese Fahne ist Deutschland, in ihr werden einst alle Deutschen eintig sein, und daß sie es sein werden, dafür bürgt unser Kampf und unser Glaube. Mit einer solch ungeheuren Paradoxie hebt jede Idee an: ein Teil stellt sich selber in einer schöpferischen Tat als Symbol des Ganzen aus Licht, wobei wesentlich ist, daß dieses Symbol auch noch zugehender Mittelpunkt bleibt, wenn die Idee wächst und tatsächlich immer mehr das Ganze erobert.

Wenn nun aber dergestalt zum wahren Geist stets notwendig das Symbol gehört, das das Ganze meint und es erobern will, so ist eine solche gemeinschaftsbildende Aufgabe nur möglich und sinnvoll unter der Voraussetzung, daß jenes zu gewinnende Ganze derselben Blutwelt angehört wie der zugehende Punkt, von dem als dem gesehgebenden Sinnbild der Idee ihren Ausgang nimmt. Darum gibt es keinen echten Geist ohne Blut.

Gründet sich der Geist nicht auf das Blut, so verliert er in demselben Maß seine Symbolkraft und damit sich selbst, d. h. er entartet zum blutlosen Geist, der ewig unfruchtbar bleibt.

Freies Schöpferium des Geistes heißt stets zugleich dem Blut am tiefsten gehorchen. Denn die wahrhaft schöpferischen Werke und Taten bestehen darin, die Umwelt so umzuschaffen, daß diese mit der Blutwelt übereinstimmt. Darin und nur darin liegt der Sinn aller Kultur.

Es gibt nun eine schöpferische Tat, die eine besondere Weihe besitzt, weil sie das erstellte Symbol schafft, das uns zur tiefen und immer tieferen Durchgestaltung unserer Gemeinschaft aufruft: das ist die Tat, die das eigene Blut dahingab, damit die Umwelt nach dem geistlichen Bilde der Blutwelt gestaltet werde. Das ist es, was den Heldentod auszeichnet, daß er zum Sinnbild wird, von dem eine neue Ordnung des Lebens ihren Ausgangspunkt nimmt. Die Heldentaten der gefallenen Helden sind uns heute die zugehenden Mittelpunkte einer neuen Kultur. Ihr Tod wurde fruchtbar und eine Tat des schöpferischen Geistes, weil sie starben nicht in der Sorge: „Was wird aus mir?“, sondern in dem Gedanken: „Was wird aus Deutschland!“



Erich Maschke:

Das deutsche Gemeinschaftsleben im Mittelalter

Nicht nur in einzelnen Handlungen einzelner Männer, sondern in einem gewaltigen, sozialen Wandlungs- und Umschichtungsvorgang finden wir die Ursachen, die den mittelalterlichen deutschen Staat von innen her formten. Familie, Sippe und Stamm waren die drei germanischen Lebensseinheiten, in denen das Dasein der Freien sich vollzog. In den langen Kampf- und Wanderzeiten heben sich Pleburtsadel und Königstum nach oben ab, während auch die Zahl der Unfreien und der aus Kriegsgefangenen bestehenden Sklaven wuchs. Nach der Eroberung wurden die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede stärker und durch sie naturgemäß gerade die bisher im ganzen noch so einheitlichen Freien getroffen. Dabei bestanden zunächst bedeutende Unterschiede zwischen den Stämmen, die unter den Einfluss römischer Sozial- und Wirtschaftsformen gerieten, und den übrigen, so daß gerade die Verfassung der Sachsen sich noch längere Zeit von der der

anderen deutschen Stämme unterschied. Es kann hier nur unsere Aufgabe sein, diejenigen Entwicklungslinien zu ziehen, die uns in das deutsche Leben des Mittelalters hineinführen, um uns dabei zu fragen, was vom alten germanischen Erbgute dabei noch bewahrt, was verändert oder aufgegeben wurde.

Eine der wichtigsten wirtschaftlichen Erscheinungen des Mittelalters ist die Grundherrschaft. In der Wanderungszeit der germanischen Stämme gelegentlich vorkommend, spielte sie damals noch keine Rolle. Sie beruhte darauf, daß, zum Unterschiede von jener Zeit, der Besitzer des Bodens ihn nicht oder nur zum Teil selbst bebaute, sondern mit unfreien Bauern, Hintersassen, besetzte, auf deren Abgaben und Arbeit er seine wirtschaftliche Existenz gründete. Es gab zunächst auch zahlreiche kleine Grundherrschaften im Besitze freier Bauern oder kleiner Lehnleute. Aber entscheidende Bedeutung kam doch nur den großen Grundherrschaften

zu. Größter Grundbesitzer war der König: als Nachfolger im römischen Besitz wie als Herr über weite Strecken wüsten Landes, von Wald und Weide, Bruch und Moor. Auf Umfang und Geschlossenheit dieses Besitzes beruhte vor allem die Kraft der königlichen Zentralgewalt. Er wurde schließlich in Reichsgut, über das der jeweils regierende Herrscher das Verfügungsrecht hatte, und in Hausgut, das der Herrscherfamilie gehörte und vom Könige nach freiem Ermessen vererbt werden konnte, geteilt. Auch die anderen weltlichen Großen, vor allem die Herzöge, waren Besitzer großer Grundbesitzungen.

Die Kirche als Grundherrin

Aber als starke Wirtschaftsmacht überragte sie weit, fast ebenbürtig neben dem Könige stehend, die Kirche. Durch Schenkungen und Stiftungen der weltlichen Grundherren, der großen wie der kleinen, ging ein gewaltiger, weit verstreuter und in alle Raum- und Lebensbeziehungen eingreifender Besitz in ihre Hand über. Reichere Stifter besaßen 3000–4000 Hufen, aber auch 8000 und mehr; das Kloster St. Gallen in der Schweiz klagte im 9. Jahrhundert darüber, daß es nur 4000 Hufen besaß; der Bischof von Augsburg hatte etwa 1500 Hufen (eine Hufe ist die Einheitsgröße, die von einer bäuerlichen Familie bewirtschaftet wird, und läßt sich später auf etwa 30 Morgen angeben). Es gab Klöster, die einen Besitz von 30 000–40 000 Hektar hatten.

Aus reinem Bedürfnis wie aus Gründen der Nützlichkeit waren diese Schenkungen zustande gekommen. Sie hätten eine gewaltige, den Staat in seinem Eigenleben geradezu vernichtende Macht dargestellt, wenn nicht gerade hier das germanische Denken ein Gegengewicht geschaffen hätte. Denn der germanische Schenkungsbegriff beruhte auf dem Vertrage und auf der Treue; er war nicht vorbehaltslos. Daher behielten sich vielfach die Schenkenden doch die Nutzung vor, und der Staat hat in der frühmittelalterlichen Zeit und noch später immer über das Kirchengut verfügt. Vor allem aber hat das ganz aus germanischem Rechtsdenken und germanischer Überlieferung kommende **Eigenkirchenwesen** die deutsche Kirche fest in das deutsche Leben hineingebaut. Die Stifter von Kirchen und Klöstern behielten über ihre Schenkungen

außer einer oft vorhandenen materiellen Nutzung ein weitgehendes Verfügungsrecht. Da nun der König als der größte Grundherr auch der bedeutendste Stifter und Geber wurde, blieb die deutsche Kirche im Befuge des deutschen Staates. Jetzt verstehen wir auch, weshalb Otto der Große es wagen konnte, die deutsche Reichskirche als festen Rückhalt gegen die anderstrebenden Sondergewalten der Stammesherzogtümer und für die Reichseinheit zu verwenden. Er gab Staat und Königtum nicht an eine fremde Gewalt preis, sondern handelte völlig im Rahmen des eigentümlichen Denkens von germanischem Ursprung. Gerade Sachsen hat ja, nachdem einmal das Fandial den Lauf der Entwicklung festgelegt hatte, geradezu eine Germanisierung des Christentums in Angriff genommen. Wie die Dichtung des „Heliand“ die Christusgestalt als germanischen Helden begreift, so hat auch Otto die Reichskirche mit dem Staat verbunden. Er hat sie damit von der Mitte des deutschen Lebens her bestimmt und nicht von einem fremden Mittelpunkt aus beherrschen lassen.

Erst im 11. Jahrhundert hat westliches Denken in der Form kirchlicher Reformpläne nach den klösterlichen Idealen von Cluny, einem Benediktinerkloster in Burgund, diese deutsche Auffassung von Kirche und Staat gebrochen. Heinrich IV. hat im gewaltigen Kampfe gegen die römische Kurie, in der Abwehr der Welt herrschaftsansprüche Papst Gregors VII. letzten Endes das ganze deutsche Leben in seinem Eigenrecht und seinen aus germanischen Wurzeln gewachsenen Formen verteidigt. Die Stauer oder sogenannten Investiturstreites (Einsetzung der Bischöfe durch den deutschen König oder den römischen Papst) waren vor allem die deutschen Fürsten – und unter ihnen auch die geistlichen Fürsten. Auch ihre Stellung wurde schließlich vom Lehnswesen bestimmt, das der königlichen Gewalt in Deutschland wachsende Schranken setzte. Auch sie erwarben schließlich die Rechte, auf denen sich selbständige Territorialstaaten bildeten, und der Stauferkaiser Friedrich II. hat ihnen 1220 diese Rechte feierlich bestätigt.

Damit war der Grundgedanke, von dem Otto der Große ausgegangen war, in sein Gegenteil verkehrt worden. Die geistlichen Fürsten Deutschlands standen der königlichen Gewalt ebenso selbständig gegenüber wie die weltlichen Fürsten,

gegen die jene doch ein Gegengewicht hatten bilden sollen. Ja, noch schlimmer: indem die deutsche Reichskirche durch den Investiturstreit des 11. und 12. Jahrhunderts aus dem deutschen Zusammenhange herausgerissen und Rom unterworfen wurde, konnte das Papsttum von recht an als fremde und feindliche Macht tief in die innerdeutschen Verhältnisse eingreifen. Deshalb haben die geistlichen Kurfürsten in den Jahrhunderten nach dem Sturze des sächsischen Hauses, also nach 1250, den deutschen König oftmals nach den Wünschen des römischen Papstes gewählt.

Die Männer der deutschen Reichskirche waren tapfere, aufrechte Gestalten gewesen, Soldaten und Verwaltungsbeamte und doch Diener ihrer Kirchen und der religiösen Bedürfnisse ihrer Zeit. Dieser Etwas, den Druß der Großen gelastet hatte, hat sich in einzelnen Männern bis in das späte Mittelalter hinein immer wieder gefunden; aber er war seit dem Investiturstreit doch in der Minderzahl. Um so bedeutungsvoller ist es, daß diese Männer durch das Fortbestehen des natürlichen Fortpflanzungsgesetzes des deutschen Volkes ausgegallert waren. Was sie dem deutschen Könige empfahlen — eben daß sie ihnen überlassene Rechte nicht an eigene Nachkommen vererben konnten —, mußte sich für die biologische Auslese unseres Volkes höchst ungünstig auswirken. Klöster und Abteien blieben ja dank der Grundbesitzfassung ihrer Gründer, von der wir sprachen, mit den Familien ihrer Stifter eng verbunden. Die Söhne königlicher, fürstlicher oder adliger Familien hatten auch als Bischöfe teil am politischen Leben, an der Verwaltung des Staates. So kam es, daß Jahrhunderte hindurch Bischof und Domkapitel, Kloster und Abteien von Mitgliedern der deutschen Oberschicht besetzt wurden. Ihre Erbmasse aber ging dem deutschen Erbklein verloren. Man hat berechnet, daß sich unter sächsischen Familien jener Jahrhunderte 31 v. H., unter karolingischen 36 v. H. und unter freiherrlichen sogar 50 v. H. Erbscheiter befanden. Die aus germanisch-deutschem Denken geformte Reichskirche Ottos des Großen hat schließlich unter dem Einfluß westlicher, päpstlicher und staatsfeindlicher

Ideen ihr eigentliches Wesen preisgegeben und hat durch die enge Verbindung von Familien der Oberschicht mit hohen kirchlichen Ämtern mit Klöstern und Domkapiteln ungünstig auf die rassische Zusammensetzung dieser Schicht eingewirkt.

Freie, Unfreie und Bauerntum

Wir haben einen wichtigen Zusammenhang des innerdeutschen Lebens, der für lange Jahrhunderte bedeutsam gewesen ist, auf sein Wesen hin betrachtet und müssen jetzt noch einmal zurückkehren zur Grundherrschaft. Wir hatten gesagt, daß in ihr der Grundherr nur noch zum Teil den Boden selbst ausbeutete und ihn im übrigen durch Interlassen bebauen ließ. Vom Herrenhofe aus bewirtschaftete der Grundherr das „Galland“ selbst mit seinem Gefolge; das übrige war in „Leihe“ unter recht verschiedenen rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen an persönlich freie und unfreie Bauern ausgegeben, wobei freilich auch die Freien sachlich mehr oder minder gebunden erscheinen.

Im Bilde der mittelalterlichen Grundherrschaft ist also für einen Teil Raum mehr: für den Freien — für den eigentlichen Träger der germanischen Geldrechte. Das freie Bauerntum wird zwar keineswegs vernichtet. Es hält sich besonders in Sachsen und Friesland, wo die alten Sippenverbände auch als Siedlungsverbände die Jahrhunderte überdauern, ferner auch in der Schweiz; darum ist es kein Wunder, daß gerade die Stedinger an der unteren Weser, die in der Zeit Kaiser Friedrichs II. von weltlichen und geistlichen Fürsten vernichtet wurden (1234), und die Schweizer Bauern im hohen und späten Mittelalter aus dem deutschen Bauerntum wieder eine selbständige und in sich gesammelte politische Kraft gemacht haben. Auch sonst ist der germanische Gemeinschaftsgebanke und der Wille, in Gemeinschaft zu leben, dem deutschen Bauerntum nicht verloren gegangen. In der Markgenossenschaft, dem Wirtschaftsverband der Dorfgemeinschaft, der auch auf Rodungseland noch in Brauch blieb, in der Dorfgemeinschaft mit bestimmten Rechten und Gerichtsweisen und in der Flurverfassung erhält sich germanisches Gemeinschaftsleben. Die Flurverfassung lab den Flurwano vor: die Dorf-Flur



war in einzelne Stüde nach Lage und Boden-
nate geteilt, und jedes dieser Gewanne zerfiel in
so viele Streifen, wie es Höfe gab. So hatte
jeder Anteil an guten wie an schlechteren Böden.
Es war selbstverständlich, daß er mit seinem
Teile nicht tun und lassen konnte, was er wollte,
sondern sich für die Verteilung im Wechsel der
Dreifelderwirtschaft, für Saat und Ernte nach
dem gemeinsamen Beschluß zu richten hatte. Am
langsten hat sich die Allmende, der gemeinsame
Besitz an Wald und Weide, als Zeugnis dieses
Gemeinschaftslebens erhalten.

Das freie Bauerntum ist dennoch weitbin
zugrunde gegangen. Seine Vermichtung steht in
engstem Zusammenhange mit der Entstehung der
Grundherrschaft. Es war ein wirtschaftlicher
und sozialer Vorgang. Aber wir wissen: Wirt-
schaft und soziale Ordnung folgen dem Gesetz
der Politik. Daher stehen wir hier vor einem
der folgenschwersten Ereignisse der germanisch-
deutschen Geschichte. Es ging darum, daß nicht
mehr die Masse der freien Bauern in den alten
Ordnungen der Sippe und des Stammes die
Träger des politischen Lebens waren, die Gliebe-
rung des Volkes sich nicht mehr entscheidend
nach den Blutszusammenhängen vollzog,
sondern eine ständische Gliederung sich anbahnte,
bei der die aus verschiedenen Wurzeln entstehende
Obersicht allein die Politik verantwortete, die

Vollversammlung der Freien zusammen-
schrankte zur Versammlung der Großen des
Reiches.

Wie kam es zu dieser Entwicklung? Auf den
Freien lasteten die Heerespflicht und die Pflicht
zur Teilnahme an den Vollversammlungen
immer drückender, denn jetzt wurden ja diese
alten Pflichten des einzelnen in den gewaltig
gewachsenen Verhältnissen des Reiches, nicht
mehr des Stammes gerordert. Noch Otto der
Große hat für seine Fernzüge Bauern aufge-
boten. Dieser Belastung war das freie Bauern-
tum auf die Dauer nicht gewachsen. Auch dis-
los wurde seine schwere Lage von den großen
Grundherren ausgenutzt. Zudem wandelte sich
unter mancherlei Einflüssen, nicht zuletzt unter
dem des Christentums, die seelische Haltung der
Menschen. Der Stolz des Freien, der den Ger-
manen beherrschte, verlor sich. Unter der
Einwirkung des Christentums und mangels der
Gelegenheit, Kriegsgefangene zu machen, hörte
die eigentliche Sklaverei um das Jahr 1000
auf. Aber wenn sich freie Bauern immer zahl-
reicher unter Wahrung ihrer persönlichen Frei-
heit in dingliche Untreue begaben, indem sie
sich einem Grundherren unterstellten, so schwand
doch das Gefühl dafür, daß die Aufgabe eines
Teiles der alten Freiheit auf die Dauer auch



den Verlust der persönlichen Freiheit nach sich ziehen mußte.

Auch dieser Vorgang entwickelte sich zunächst aus den Varietäten germanischer Lebensformen. Während der alte Sippenverband sich lockerte, blieb doch, ja wuchs noch unter den geänderten Einwirkungen das Bedürfnis nach Schutz. Hatte bisher der Sippenälteste die Munt, den Schutz (vgl. unser Wort Vormundschaft) für die Mitglieder der Sippe gewahrt, so begab sich jetzt der Bauer in den Schutz eines Grundherren, der für ihn die Munt übernahm und aus dieser wie aus der Leibe von Land an den Betreffenden auch Rechte über ihn gewann. So gehörten auch die Hinterlassen zur „Familie“ des Grundherren im weiteren Sinne. Religiöse Vorstellungen wie die, daß es ehrenvoll sei, sein Land dem berühmten Heiligen eines Klosters auszufragen, und die besondere Stellung der kirchlichen Anstalten führten zahlreiche Bauern gerade in die geistlichen Grundbesitzschaften hinein. Die Kirche hat daher aus mangelndem Empfinden für den germanischen Freiheitsbegriff wie aus eigenem wirtschaftlichen Interesse diesen Vorgang nur gefördert. Sie hat an der Zerstörung des freien Bauerntums und seiner politischen Rolle in der merowingischen und karolingischen Zeit wesentlichen Anteil. Wirtschaftlich gesehen, war es für den Bauern im allgemeinen nur vorteilhaft, sich in die Munt eines Grundherren zu begeben. Wenn er diesem sein Eigentum antrug, so tat er es, um es ungeteilt, oft sogar vermehrt, unter bestimmten Bedingungen zurückzubekommen. Oft ist das für den bäuerlichen Bevölkerungsüberschuß sogar der einzige Weg gewesen, um am noch unerschlossenen Neuland, am Rodungsland, teilzuhaben.

Die Bauern, die im Bereiche einer Grundherrschaft lebten, konnten sich aus dieser Entwicklung heraus zunächst in sehr verschiedenem Stande der Freiheit oder Unfreiheit befinden. Mit der Zeit aber trat eine immer weitergehende Vereinheitlichung ein. Andererseits dehnte der Grundherr seine Zuständigkeit immer weiter aus. Er gewann wesentliche Rechte der Gerichtsbarkeit über seine Hinterlassen und schloß den Einfluß der königlichen Rechtssprechung vom Gebiete seiner Grundherrschaft mehr und mehr aus. So hob er sich immer mehr aus der Masse heraus; außerdem wurde eine weitgehende Angleichung der bauerlichen Unfreiheit erreicht

wie an die Stelle der blutsgebundenen Sippe die sogenannte Fronhofsverfassung der Grundherrschaft getreten war, so wurde das Bauertum zu einem nicht mehr blutsmäßig, sondern beruflich zusammengeschlossenen Stande — und zwar zu einem Stande minderer Freiheit. Erst im Zuge der ostdeutschen Kolonisation des 12. bis 14. Jahrhunderts hat sich die rechtliche Stellung des deutschen Bauern wieder gebessert.

Das Herabsinken der freien Bauern in die Herbigkeit und die Ausbildung einer verhältnismäßig einseitigen, unfreien bürgerlichen Schicht mußte sich im Gebiet germanischer Stämme auf ehemals romanischem Staatsboden auch rasch auswirken. Indem die bisher sorgsam gewahrten Schranken zwischen den Resten römischer und der neuen germanischen Bevölkerung fielen, trat eine Rassenmischung ein, die vielleicht dem Urfange nach nicht bedeutend war, aber sich doch zuungunsten des nordischen Rassenanteils auswirken mußte.

Wie die Blutszusammenhänge der Sippe dahinschwanden, so sind auch die auf gleicher Stammeszugehörigkeit beruhenden „Volksrechte“, die Rechtsätze und -sammlungen der einzelnen Stämme, zwischen der Gerichtsbarkeit des Königs und der auf der Grundherrschaft erwachsenden Gerichtsbarkeit schließlich unwirksam geworden. Nur salische und rithardische Franken, für Bayern, Schwaben, Friesen, Sachsen und andere germanische Stämme aufgezichnet, halten sie vor allem den Gedanken fest, daß ein jeder nach dem Rechte seines Stammes gerichtet werden müsse, auch wenn er im Gebiete eines anderen Stammes schuldig geworden war. Lange hat sich dieser Gedanke erhalten, daß das Recht von der Stammeszugehörigkeit, also letztlich wieder vom Blute und nicht vom Raume her gelte und dem in einem bestimmten Gebiete üblichen Recht überlegen sei. Im Laufe des Mittelalters hat sich dann schließlich doch das räumlich gültige Recht über das an der Person haftende Abstammungsrecht erhoben. Es hat in langen Jahrhunderten unserer Geschichte nur zur Zersplitterung Deutschlands beigetragen und wird erst durch die Erweiterung der nationalsozialistischen Neuordnungen im deutschen Rechtsleben endgültig überwunden werden.

Als Wirtschaftsform ist die Grundherrschaft von der größten Bedeutung für die Erschließung



des deutschen Volkes geworden. Nur den Germanen war der eigentliche Feind seines Siedungsbodens der Wald gewesen, zumal wenn sein Wachstum durch klimatische Verhältnisse begünstigt wurde. Auch die Römer sind auf ihren Eroberungsreisen an den gewaltigen Wäldern Germaniens gescheitert. Nicht die Höhe der Bergketten, sondern die sie bedeckenden Wälder errichteten unübersteigbare Schranken. So entstanden Mauerungen wie der Thüringer Wald, der Schwarzwald und andere, die uns eigentlich verwundern müssen, da wir ja sonst ein Gebirge auch als Gebirge zu benennen pflegen. Aber diese Mauerungen erinnern uns daran, daß bis in die karolingische Zeit hinein der Mensch sich seinen Siedungsboden nicht mit Art und Hade schuf, sondern in den natürlichen Lücken zwischen diesen Waldgebieten suchte, so daß in diesen Jahrhunderten und Jahrtausende hindurch ein Volk der Erbe des anderen wurde. Erst die Wirtschaftsformen der Grundherrschaft boten nun die Möglichkeit, durch Menschenkraft in großem Umfange den Wald zurückzudämmen und auf dem Rodungsland neue Siedlungen zu errichten. In der karolingischen Zeit sowie im 11. und 12. Jahrhundert hat dieser Landesausbau dem deutschen Volke gewaltige Strecken Siedlungslandes gewonnen. So wurden die mitteldeutschen Waldgebirge, der Schwarzwald und Teile der Alpen bis in Höhenlagen und Wälder, die auf die Dauer wirtschaftlich nicht zu halten waren, erschlossen. So fand hier der Bevölkerungszuwachs des jungen deutschen Volkes Lebensraum, und so grenzten die deutschen Stammes- und Siedlungsgebiete unmittelbar und inniger aneinander an. In den Formen der Grundherrschaft und durch

die Ansiedlung unfreier Hinterlassen begann im Südosten schon die erste Welle der ostdeutschen Kolonisation die neu gewonnenen Außengebiete zu überspülen; in karolingischer Zeit haben vor allem bayerische Grundherren, im 11. Jahrhundert vor allem fränkische Grundherren — weltliche Herren, Kloster und Kirchen und nicht zuletzt die Könige selbst, unter den Salern vor allem Heinrich III. — die Alpenlande, die Mark Österreich zu deutschem Volksboden gemacht. Dennoch lagen im Wesen der Grundherrschaft durch die Bindung des Bauern Schranken für die Erschließung weiterer Grenzräume. Erst das freiere bäuerliche Recht des 12. und 13. Jahrhunderts gab der freien Entschlußkraft des deutschen Bauern den nötigen Spielraum, so daß er es dann wurde, der unserem Volke den deutschen Osten für alle Zukunft sicherte.

Das Lehnswesen

Wir haben gelegentlich schon eine Verfassungsform des deutschen Mittelalters genannt, die neben der Grundherrschaft die größte Bedeutung für das Leben und die innere Ordnung unseres Volkes gehabt hat: das Lehnswesen. Von ihm müssen wir noch kurz im Zusammenhang sprechen. Auch seine Wurzeln führen uns in die germanische Zeit zurück, zu jenen Gefolgschaften, die sich, durch persönliche Treue gebunden, um ihre Fürsten und Könige scharten, Leibwache und treue Gefährten ihrer Führer. Von hier aus ergab sich, daß das eigentliche Ziel des Lehnswesens darin bestehen mußte, die Gefolgschaft des Königs fähig zum Heeresdienst zu machen. Von der Wehrverfassung her ist darum das Lehnswesen zu einer Grundform germanisch-deutschen Lebens

geworden. Gerade da ja der freie Bauer als Waffenträger des Volkes mehr und mehr verschwand, mußte dafür ein Ersatz gefunden werden. Aus seinem Gute verlieh der König seinen Gefolgseuten Land, damit sie zum Kriegsdienste auch wirtschaftlich fähig waren; ebenso wurde für Dienst bei Hofe oder als Beamte des Königs, wie für die Grafen, diese wirtschaftliche Grundlage gefunden. Während dieses Verhältnis noch ganz auf dem persönlichen Bande der Treue beruhte, wurde dann die Aufassung der „Leihe“, der Vergebung von Gut durch König oder Fürsten, abgewandelt nach der Art, wie die Kirche ihr Gut verlieh. Sie konnte ja nicht das Band der persönlichen Treue, sondern nur das der sachlichen, dinglichen Bindung. Damit kam ein neues Moment in das Lehnswesen hinein, das ihm nicht aus germanischer Überlieferung zumuchs. Nicht mehr das persönliche Treuerverhältnis, sondern das Lehen selbst, das Lehnsgut, wurde zur Hauptfache in der Beziehung von Lehnsherrn und Lehnsmann. Es wurde erblich; der Lehnsherr verlor damit die Verfügungsgewalt über das Lehen, wenn nicht das Geschlecht des Lehnsmannes ausstarb oder dieser sich eines Treubruches schuldig machte. Die lebendige Erinnerung an das persönliche Treueband, das Lehnsherrn und Lehnsmann zusammenkloß, ist freilich lange zwingend geblieben. Schließlich hat in Deutschland nicht die persönliche, sondern die dingliche Seite des Lehnswesens gesiegt. Nicht nur als Gut für den Heeresdienst und als Anreiz für Leistungen in der staatlichen und königlichen Verwaltung, sondern auch die Ämter selbst wurden als Lehen ausgetan, und ebenso Ämungen und Gerichte verschieden-ster Art, wie Gerichtsstühle, Zelle an Land- und Wasserstraten, Münzrecht, Schürfrecht auf Metalle und vieles andere mehr. In allen Zeiten königlicher Schwäche haben die deutschen Großen es verstanden, diese Entwicklung des Lehnswesens zu ihren Gunsten und gegen den obersten Lehnsherrn, den deutschen König, auszunutzen.

So begegnen wir hier wieder der Endfrage des deutschen Volkes: Einheit oder Zersplitterung. Indem das deutsche Lehnswesen sich von den germanischen Grundlagen der Gefolgschaft entfernte, und während in Frankreich der König das Lehnssystem schließlich zugunsten der Zentralgewalt umbildete, hat es in Deutschland

verhangnisvoll zur Zersplitterung von Staat und Volk beigetragen. Gegen diese Entwicklung bildete auch die Tatsache kein Gegengewicht, daß ja nicht nur der König Lehnsmannen besaß, sondern auch die Fürsten und Großen wieder Lehen an alle zum Empfang derselben Berechtigten aus-teilten. So entstand ein ganzes System lehnrechtlicher Abhängigkeiten, eine Pyramide von Lehnsherren und Lehnsmannen, an deren Spitze der König stand, und innerhalb derer nach einem genau abgestuften Schema jeder nur von einem im Stande Höheren ein Lehen nehmen durfte, wenn er nicht seinen eigenen Stand mindern wollte. Es ist bezeichnend, daß in dieser sogenannten „Heerichildordnung“ an erster Stelle nach dem Könige die geistlichen Fürsten, die sogenannten „Päpfenfürsten“, standen, von denen auch der König ohne Standesminderung Lehen nehmen durfte.

Jetzt versehen wir die Politik des Staufenkaisers Friedrich Barbaris bei der Zerschlagung der Stammesherzogtümer. In den gegebenen Grenzen des Lehnswesens, die er als zeitgebundener Mensch nicht zu sprengen vermochte, hat er versucht, durch eine völlige Durchbildung des Lehnswesens dem Königtum an der Spitze derselben eine wieder beherrschende Stellung zu geben und zugleich durch Verflechtung der größten Lehen, der Herzogtümer, ihr Ausbrechen aus diesem vom Könige beherrschten Lehnssystem, zu verhindern. Andererseits hat Friedrich I. gegen seinen Willen die Zerspaltung des deutschen Volkes noch gemehrt, indem er nach dem Sturze Heinrichs des Löwen das politische Hervortreten eines abgesonderten *re ichs für sich* eines Standes zulassen mußte. Hatte das Absterben freier deutscher Bauern in die Unfreiheit zu-erster Male den Kreis derer, welche verantwortlich die Politik der Führer mittragen, im Verhältnis zur germanischen Zeit eingeschränkt, so hat die weitere Entwicklung diesen Kreis immer enger werden lassen. Aus ihm hob sich jetzt der Stand der Reichsfürsten hervor, den übrigen Adel politisch hinter sich zurücklassend. Auch dieser Kreis setzte im Laufe des 13. Jahrhunderts, wenigstens im Zusammenhange mit der deutschen Königswahl, noch einmal eingengt werden, so daß von der germanischen Volksversammlung und ihrem Wahlrecht der Weg zum Kurfürstenkolleg mit seinen drei geistlichen und vier welt-

lichen Mitgliedern führt, welche die Wahl des deutschen Königs vollzogen.

Auf dem Wege über das Lehnswesen ist auch die Ausbildung der deutschen *Territorialstaaten* endgültig geworden. Politisch war sie ein Kampf gegen das Königtum nach oben, gegen die kleineren oder schwächeren Ständegenossen nach unten. Rechtlich beruhte sie auf der Belehnung mit Rechten verschiedenster Art, unter denen die Hochgerichtsbarkeit, der „Blutbann“, also die ursprünglich als königliches Amt vom Grafen wahrgenommenen Rechte die wichtigsten waren. Kaiser Friedrich II., der sein italienisches Erbe aus mütterlichem Blute in den strengen Formen eines absolutistischen Staates organisierte, hat in Deutschland, dem Erbe seiner Vater, bedenkenlos der Zersplitterung freien Raum gegeben und 1220 die Landeshoheit der geistlichen, 1232 die der weltlichen Fürsten feierlich privilegiert. Fast genau 700 Jahre, von 1232 bis 1933, hat das deutsche Volk an diesem Fluche einer Zersplitterung in Territorialstaaten leiden müssen.

Da ja auch die geistlichen Fürsten an dieser Entwicklung teilhatten, war der deutsche Westen durch die Territorien von Bistümern und Stiften am meisten zersplittert. Der Rhein wurde zur „Pfaffengasse des Heiligen Römischen Reiches“. Die deutsche Westgrenze verlor unter dieser Vielheit kleiner und kleinster Staatsgebilde an Widerstandskraft nach außen, und nicht zuletzt dieser Tatsache verdankte der nach Osten gerichtete Eroberungswille des im Königtum geeinten französischen Staates seine Erfolge in späteren Jahrhunderten. Im deutschen Osten aber entstanden auf Kolonialboden, vor allem in den Markgrafschaften von Holftein über Brandenburg und Meissen bis nach Österreich, große weltliche Territorien, welche die Stürme von Jahrhunderten überdauerten. So kam es, daß von den großen ostdeutschen Staaten her, erst im Kampfe Preussens mit Österreich und dann in der Erfüllung einer deutschen Sendung durch Preussen im 19. Jahrhundert, der Beginn mit der Wiederherstellung der im 13. und 14. Jahrhundert verlorengegangenen Einheit Deutschlands gemacht werden konnte.

Ministeriale und Ritter

Schon früh erkannten die deutschen Könige die Gefahren, die ihnen von Seiten der großen

Lehnsträger erwuchsen. Sie gingen daher zunächst daran, den niederen Adel gegen den höheren zu unterstützen (Konrad II. 1024 bis 1039) und sich, wie übrigens auch die Fürsten, geeignete Unfreie für Kriegsdienst und Verwaltung heranzuziehen. In Erbgang, Heirat und anderen Dingen rechtlich beschränkt, liegen diese Dienstmänner (Ministerialen) durch ihren Dienst bei Königen und Fürsten sozial empor, da sie zum ritterlichen Waffendienste herangezogen und dafür mit einem Dienstlehen ausgestattet wurden. Abhängiger als die Lehnsmänner, von deren Stellung zu ihren Lehnsherren wir ja oben gesprochen haben, wurden diese Dienstmänner zu den treuesten Dienern ihrer Herren. Den staufischen Kaisern seit Friedrich I. wurden sie geradezu die immer zuverlässigen Träger ihrer weitgespannten Politik. Während schon Fürsten und hoher Adel ihre eigenen Wege zu gehen begannen, haben sie an der Größe und Einheit des Deutschen Reiches gearbeitet und an sie geglaubt, bis das staufische Herrscherhaus dahingesunken war. Ihre soziale Entwicklung ist noch in anderer Beziehung wichtig geworden. Wirtschaftlich durch reiche Dienstgüter gesichert, zum Waffendienste wie der freie Adel bestimmt, durch Angehörige des freien Adels, die freiwillig in die Ministerialität eintraten, gemischt, wuchs dieser Dienstadel immer enger mit dem Lehnadel zusammen. Durch gemeinsamen Waffendienst und gemeinsame Lebensformen vermischten sich der Geburtsunterschied zwischen Freien und Unfreien immer mehr. So wurde schließlich, wie wir es ähnlich bei den Bauern gesehen hatten, vom Beruf, nicht mehr vom Geburtsstand her ein einheitlicher ritterlicher Stand geprägt, der sich seit dem 13. Jhdt. ausbildet. Er ist der Träger der ritterlichen Kultur, die in Lebensformen, Kunst und Dichtung auf deutschen Boden reiche Blüten hervorgebracht hat.

Die *Burgen* wurden zum Sitz und Mittelpunkt dieses Lebens. Wie sie vor allem Festungsbauten waren und Wehrzwecken dienten, so erschöpfte sich auch das ritterliche Berufsleben vor allem in Krieg und Kampf. Freilich war der Ritter nicht nur in die allgemeinen Zusammenhänge der Kriegs- und Rechtsverfassung eingegliedert. In der Fehde erhielt sich ein Recht auf Selbsthilfe, das wiederum auf germanische Wurzeln zurückging. Im Laufe der Zeit oftmals



not braucht, wurde es durch die, aus Bascureva übernommenen sogenannte Hotiesofrieden, den Abschluß bestimmter Tage und Zeiten für das Austragen von Feldern, mehr und mehr eingeschränkt.

Bürger und Städte

Mit dem Bürger und der Stadt aber haben wir noch eine neue Lebensform entstehen. Nicht die alten Römernadte auf deutschem Boden, wie Tanten, Köln, Mainz und manche andere, die kein der deutschen Stadt geworden, sondern die, die eigenständig aus den Bedürfnissen des deutschen Lebens erwachsen. Die Einrichtung von Märkten durch die Grundherren steht an ihrem Anfang. Die Stadt ist zunächst eine Form, die den Germanen unbekannt war. Als dann im Mittelalter auch auf deutschen Boden Städte entstanden, waren sie aus anderen Wurzeln als denen der Römernadte erwachsen. Die Hansestädte aber — und neben ihnen die ostdeutschen Kolonialstädte — sind die stolzen Zeugnisse dafür, was die „Stadt“ in der Prägung durch die nordische Rasse wurde. Denn die niederländischen Bürger, die in der Heimatsstadt der Hanse hinauswuchsen in allen Nationen der Ost- und Nordsee, waren nicht fleischliche Kramler, sondern Männer, die als Herren und politische Schlichter eines ihnen gemessenen Lebensraumes auftreten durften. So ist doch das germanische Erbe durch den Wandel der Zeiten und der Erscheinungen romanischen in einem neuen Anfangs hindurchgetragen worden,

dass das deutsche Leben in seiner letzten Tiefe von diesem Erbe bestimmt wurde.

Eine große Anzahl von Städten ging aus älteren Siedlungen hervor, andere entstanden als Neugründungen. Bei allen wirkte der Stadtherr, mochte es der König oder sein Vogt, ein Bischof oder ein Landesherr sein, entscheidend mit. Bei den Gründungsstädten aber konnte sich bald die Tatkraft des jungen Bürgers auswirken, indem Unternehmungskraftschaffen die Stadtveränderung durchführten. So ist es wohl Freiburg im Breisgau 1120 entstanden. Schließlich gehörten Marktrecht, eigene Gerichtsbareien und Verwaltung sowie Befestigung zu den Merkmalen einer Stadt. Die Stadt wurde zu einer politischen Körperschaft eigenen Rechtes und Manages. In ihrem Draange nach Selbstständigkeit gerieten die Bürgerschaften namentlich in den westdeutschen Städten zu einem geistlichen Stadtherrn hatten, im Gegensatz zu diesem. Heinrich IV. hat es im Kampf gegen die Fürsten wohl verstanden, sich mit der jungen Kraft des deutschen Bürgers auszuspielen, und etwa die Voraer von Worms gegen einen bischöflichen Stadtherrn auszuspielen, aber weder er noch seine Nachfolger haben den revolutionären Schritt gewagt, sich mit den treuen Bürgertum gegen die kaiserlichen Feinde zu verbünden, und Friedrich II. hat zwar die Reichsstädte, voran Lübeck, das spätere Haupt der deutschen Hanse, gefördert, aber die Bundesstädte der Landesherren ihrer politischen Herrschaft überlassen. Wenn es auch die deutschen



Städte mehrfach in schweren Zeiten der Reichsgeschichte die Stimme für Einheit und Größe des Reiches erhoben haben, wenn sie im ganzen Osten mit fast unerlöschlicher Kraft ihre Lebensformen entfalteten, so sind das Zeugnisse für die Artgemäßheit des deutschen mittelalterlichen Städtelebens. Die Städte waren ja die jüngste Prägung deutschen Gemeinschaftslebens, und nur als Ausdruck dieses tief in Blut und Überlieferung ruhenden Willens zur *Gemeinschaft* waren die deutschen Städte zu einer politischen Leistung bestimmt, die sie weit über wirtschaftliche Interessen und materialistischen Egoismus hinaus hob.

Innerhalb der deutschen Reichsgeschichte haben die Städte des Mittelalters nach dem Ende der Staufer ihre erste große geschichtliche Stunde gehabt. Sie stellten sich als selbständige politische Kraft neben Königtum und Fürsten, die beiden Träger des politischen Lebens in der Zeit, in der das staufische Haus unterging. Doch eben das Ende des staufischen Kaiserturns traf auch das deutsche Königtum mit voller Gewalt, schwachte es und wandelte es in seinem Wesen. So bedeutete der Tod Friedrichs II. (1250) und das furchtbare Ende seiner Söhne und Enkel einen tiefen Einschnitt in der deutschen Geschichte. Der an sich so nichtsagende Begriff vom „späten Mittelalter“ sagt uns doch eins gewiß, daß um die Mitte des 13. Jhdts. ein Umbruch in der deutschen Geschichte erfolgte.

Bisher war Deutschland eine *Erbswahlmonarchie* gewesen: die Fürsten hatten den

König gewählt, waren aber bei ihrer Wahl an den Bluts- und Erbszusammenhang der herrschenden Familie bzw. nach ihrem Aussterben an eine mit ihnen verwandte Familie gebunden. Nur gelegentlich wurden davon Ausnahmen gemacht: immer wieder haben die deutschen Königshäuser versucht, durch Vererbung der königlichen Würde Bräutigam in die deutsche Entwicklung zu bringen und Brüche zu vermeiden. Stets hat das Schicksal sie daran gehindert und der allzu frühe Tod ihre Pläne durchkreuzt, während im benachbarten Frankreich eine Dynastie Jahrhundert hindurch an der Festigung des Staates arbeiten konnte. Mit dem Untergang des letzten großen deutschen Kaiserhauses, der Staufer, waren diese Bemühungen begraben. Von jetzt an waren die Fürsten die „Landesherrn“, die eigentlichen Träger und Gestalter des politischen Lebens in Deutschland, und nur jenen der von ihnen gewählte König vor oder nach seiner Krönung als Landesherr, als Territorialfürst Macht besaß, war auch das deutsche Königtum noch mächtig.

Schmäblich genug haben die deutschen Fürsten nach dem Aussterben der Staufer ihres Amtes gewaltet. Während sich die Wähler bei den nächsten Wahlen auf ein kleines Kollegium der „Kurfürsten“ beschränkten, war die Kur des neuen Königs für sie nur die Gelegenheit zum großen politischen und finanziellen Geschäft Als her Gegenkönig gegen die Staufer, Wilhelm von Holland, von französischen Vätern im Kämpfe erschlagen worden war (1250), gaben die deut-

ichen Kurfürsten, durch große Summen bestochen, ihre Stimmen zwei Ausländern: einem Engländer und einem Kastilianer.

In dieser Zeit deutscher Schwache und Schande schlossen sich deutsche Städte zum ersten Male zu einem politischen Bunde zusammen. Der Rheinische Städtebund entstand (1254). Nach außen suchte er das Recht des deutschen Königturns zu vertreten. Nach innen wahrte er zusammen mit den ihm angeschlossenen Fürsten und Adligen den Landfrieden. Die Hut des Landfriedens war eine der wesentlichen inneren Aufgaben des deutschen Königs. Wenn er versagte, so mußten andere an seine Stelle treten. Die Städte hatten an Frieden und Herrschaftlichkeit ja das größte Interesse, wenn ihr Handel und Wandel gedeihen sollte. Aber es spricht doch für die Kraft ihres Gemeinshaftsebens, wenn gerade sie jetzt in die Bresche traten, die das daniederliegende Königturn nicht mehr ausfüllte. So wurde aus der Not heraus jetzt und im folgenden Jahrhundert in ähnlichen Städtebünden von ~~man~~ Gemeinshaftformen die Rechtsabwägung übernommen, die in vergangenen Jahrhunderten dem König zugefallen war und ihm jetzt wieder entfiel.

Die Hausmacht der Habsburger

Für einen politischen Einsatz war freilich der Rheinische Städtebund zu uneinheitlich und zu schwach. So kam erst Ruhe über das gequälte deutsche Land, als im Jahre 1273 ein neuer deutscher König gewählt wurde: Rudolf von Habsburg (1273–1291). Mit ihm beginnt eine neue Auffassung des deutschen Königturns. Er hing seine Träume und Pläne nicht mehr an die Weltpolitik, nicht an Rom und die Kaiserwürde. Die ersten Habsburger, die dem Elfaß entstammten, hatten recht und schlicht, sicher und jabe sich einen nicht unansehnlichen Besitz im Bereich des Oberrheins geschaften. Als die Kurfürsten den kleinen Grafen von Habsburg zum Könige wählten, ahnten sie nicht, daß er mit der gleichen Zähigkeit, die seinen Ahnen Erfolg gebracht hatte, an die Bildung einer Hausmacht gehen würde. Eben das aber war das eigentliche Programm Rudolfs von Habsburg. Er strebte nicht mehr nach der Kaiserkrone. Er suchte nicht die große und gefährliche Welt, in der die Staufer zu-

grunde gegangen waren. Als kluger und umsichtiger Hausvater sorgte er für das Seine. Mit dem Volke wußte er zu leben wie ein Bürger unter Bürgern. Als ihn die Erfurter nach dem ersten Schoppen Bieres fragten, ob er einen zweiten wolle, antwortete er: „Nur Kranke nötigt und fragt man, Gesunden gibt man!“ Unermüdlich und jäh, auch vor kriegerischer Auseinandersetzung nicht zurückschreckend, schuf sich dieser Mann in noch nicht zwei Jahrzehnten eine bedeutende Hausmacht. Er gewann zu den westdeutschen Westungen seinen Hause Böhmen, das er Ottokar II. aus dem Hause der Premysliden abnahm, Österreich und die Steiermark sowie Krain. Damit hatte sich das Schwergewicht des Habsburger Hauses in den Südosten verschoben — eine Tatsache, die für lange Jahrhunderte der deutschen Geschichte bis in den Weltkrieg hinein sich ausgewirkt hat.

Auf die eigene Macht gestützt, gefördert von den Städten, die für seine Politik die notwendigen Steuern aufbrachten, konnte Rudolf I. von Habsburg rücksichtslos gegen Friedensstörer vorgehen. In Thüringen hat er einmal Dörfer von Burgen zerstört und Raubritter harrichten lassen. So schien es, als sollte der Aufzug Deutschlands aus der Westpolitik sich doch segensreich auswirken und gerade auf dem Wege, der die Zerküsterung des Reiches gebracht hatte, auch die Überwindung des Zerfalls möglich werden. Denn Rudolf zog ja aus der unaufhaltsamen Auebildung von „Ländern“, von Territorien innerhalb des Reiches die letzte Folgerung, indem er durch den Zusammenschluß verschiedener deutscher Länder zu einer geschlossenen Hausmacht das Königturn neu zu begründen suchte. Auf dem gleichen Wege hat ja dann Preußen die deutsche Einigung durchzuführen begonnen. Aus diesem Vergleich sehen wir auch schon, wo die Grenzen einer solchen Politik lagen. Man kann ein Volk nicht einen, indem man gewissermaßen aus einem Teile ein Ganzes zu machen sucht, sondern indem man ihm eine neue Mitte, eine neue Idee, einen neuen Lebensinhalt gibt. Das konnte Rudolf von Habsburg nicht, und das konnte keiner der deutschen Könige und Kaiser des alten Reiches nach ihm. Sie haben alle nach dem Vorbilde gehandelt, das ihnen Rudolf von Habsburg bot. Sie alle haben die Königs-



Entnommen Kunstgesch. dem nar. Marburg

Die Burg Münzenberg in Hessen

http://dl.ub.uni-freiburg.de/diglit/schulungsbrief_jg3_f3/0025

© Universitätsbibliothek Freiburg



Burgfrau und Handelsmann
Miniatur, Heidelberger Liederhandschrift. (14. Jhdt.)
Aufn.: Dr. F. Steedmer

Ein Stift in Goslar mit
romanischer Kemenate



Ruine der Ehrenburg bei Koblenz

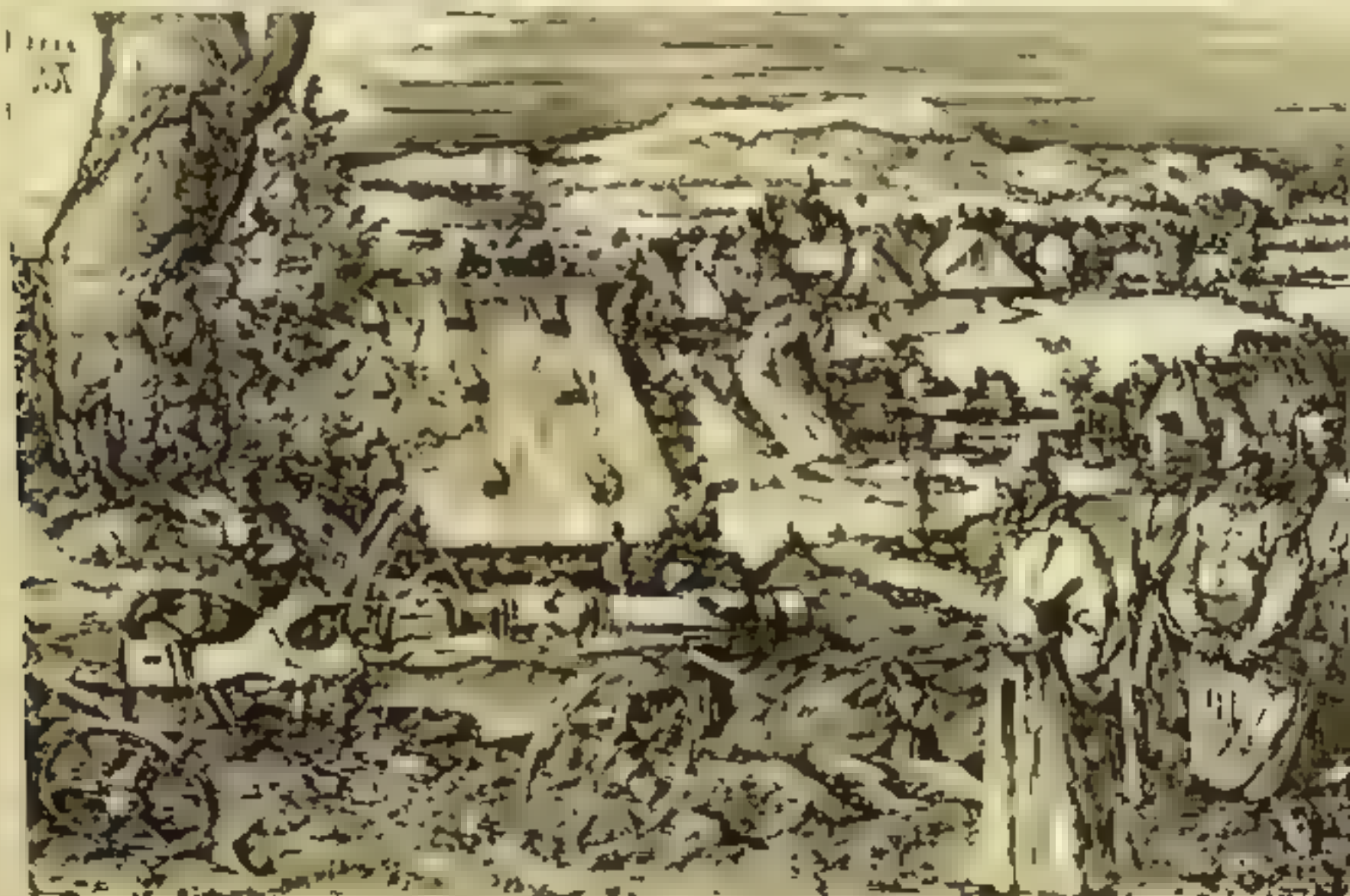
Aufn.: Couigno



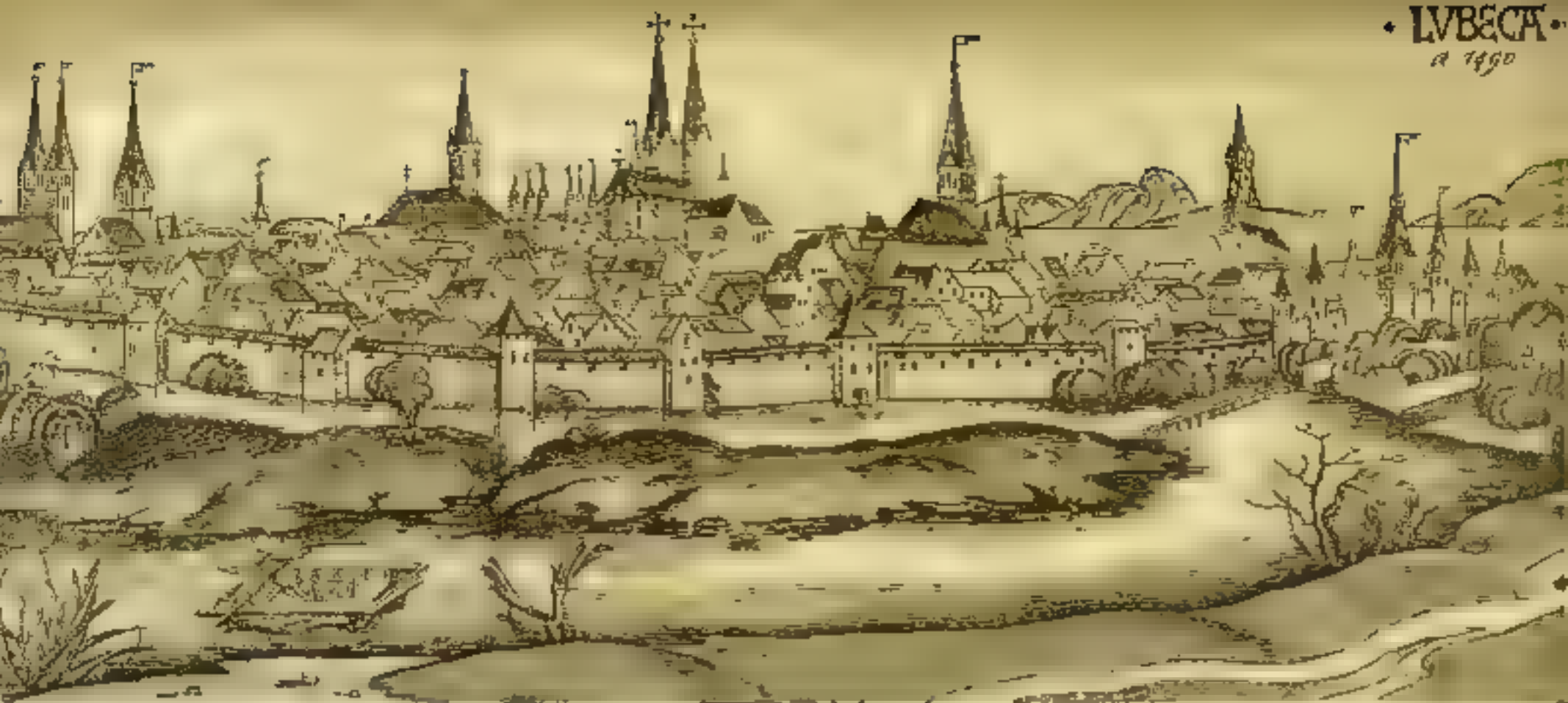


Drei Holzschnitte des deutschen Meisters Albrecht Dürer. Oben: Mariä Geburt, vom mittelalterlichen Leben aus gesehen. Links: Ritter und Landsknecht. Unten: „Nürnberger Kanone“ mit typisch mittelalterlichem Landschaftsbild.

(Anfang des 16. Jhdts.)

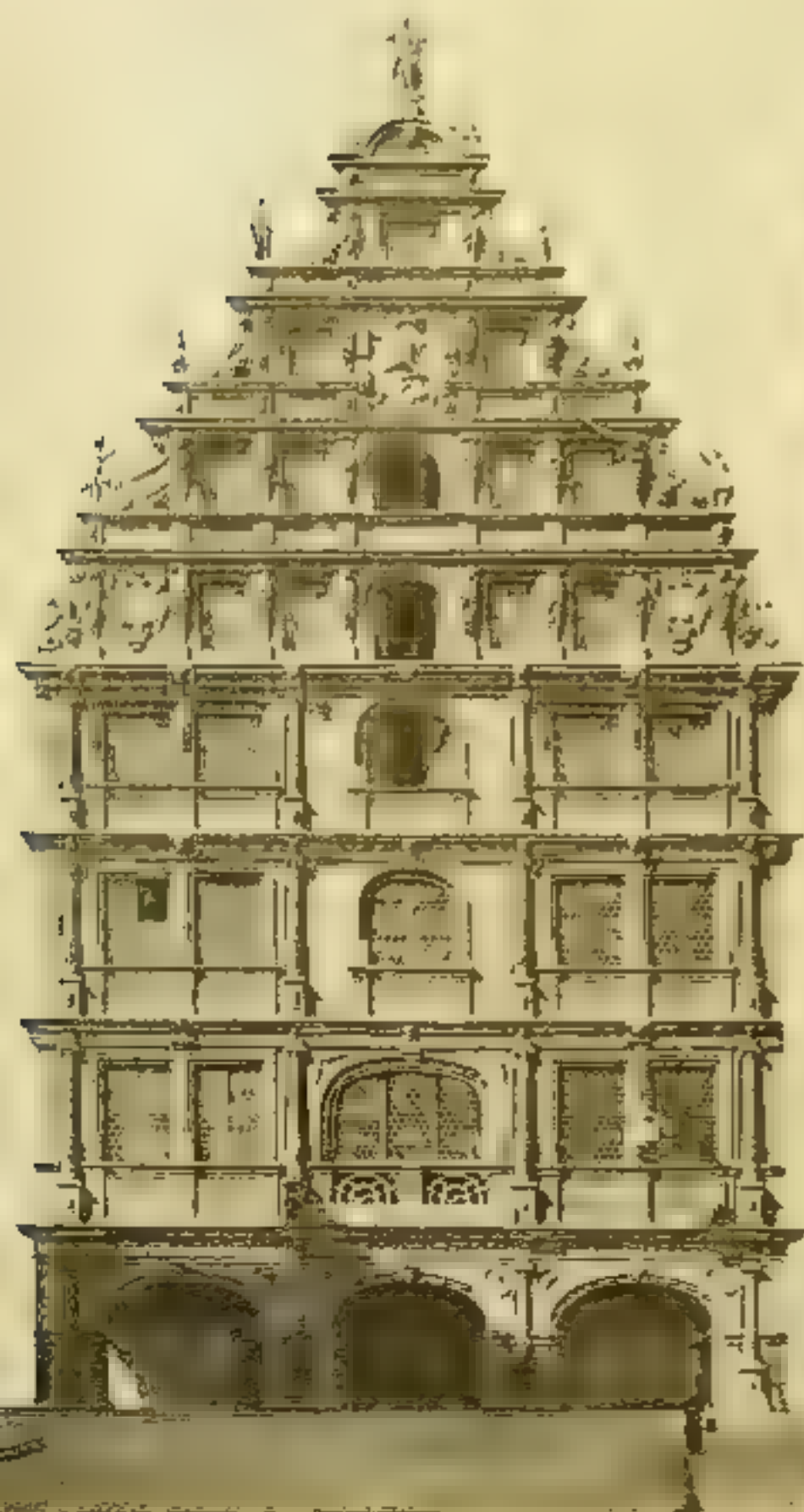


Drucke der Reichsdruckerei



Lübeck um 1490. Holzschnitt aus Schedels Weltchronik

Aufn.: Calligano



Die Waage von Nürnberg. Holzschnitt von Adam Kraft

Aufn.: Dr. F. Stoddner



Gewandhaus in Braunschweig
(erbaut 1300) mit Ostfassade,
die aus dem 16. Jhdt. stammt

Aufn.: Dr. F. Stoddner

warde benutzt, um sich eine Hausmacht für ihre Familie, einen möglichst großen Territorialbesitz zu schaffen, sie haben dann durch ihre Hausmacht das Königtum zu stärken gesucht. Aber auch der Egoismus eines, zur Königswürde aufgestiegenen Fürsten konnte doch den vereinten Egoismus der übrigen Fürsten nicht überwinden.

Nach Rudolf von Habsburg mußte das erfahren. Er konnte die deutsche Krone seinem Sohne Albrecht nicht sichern. Statt dessen wählten die deutschen Kurfürsten nach dem Tode Rudolfs einen kleinen und, wie sie hielten, machtlosen Grafen: Adolf von Nassau (1292 – 1298). Tapfer und gebildet, war er doch der Last der königlichen Würde nicht gewachsen. Mit entwürdigenden Zusagen beugte er sich den Wünschen der Kurfürsten, ohne sie doch zu gewinnen. Als er daran ging, sich in Thüringen und Meissen eine Hausmacht zu schaffen, riefen die Fürsten den Sohn Rudolfs von Habsburg, Albrecht von Österreich gegen ihn herbei. Im Kampf mit ihm ist Adolf gefallen. Die Fürsten aber wählten jetzt doch den Habsburger zum König.

Alle Eigenschaften des Vaters fanden sich noch ausgeprägter beim Sohne: er war nüchtern und genau, eine „bäurische Person“, wie ein Chronist missachtend schrieb. Und ein anderer hat die Politik Albrechts treffend mit den Worten gekennzeichnet: „Er war genug nach Gut, das er doch nicht dem Reiche zusagte, sondern nur seinen Ländern, deren er viele besaß“. Während Albrecht dem Papste Bonifazius VIII. Zugeständnisse in bezug auf Königtum und Kaisertum machte, wie kein deutscher König zuvor, betrieb er seine deutsche Politik mit solchem Erfolge, daß er das Reich wirklich wieder zusammenzuwringen schien. Da machte ein Verwandter, Johann Parricida, dem Leben des Königs gewaltsam ein Ende (1. Mai 1308); Friedrich Schiller hat die Gestalt des Mörders an das Ende seines „Wilhelm Tell“ gestellt.

Die Päpste von Avignon

In diesen Jahren war außerhalb des Reiches ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung eingetreten. Im Kampfe mit dem Weltberichtsanspruch der römischen Kurie waren die Starker zugrunde gegangen. Ihre Nachfolger wirkten nur noch im Namen des deutschen Staates. Den grundsätzlichen Kampf um das

Eigentrecht dieses Staates aber hatten sie aufgegeben. Er wurde von Frankreich wieder aufgenommen, und während Albrecht L. jeder Forderung des Papstes nachgab, hat Philipp der Schöne von Frankreich mit Bonifazius VIII. auch das Papsttum tödlich getroffen, das in der Lenkung der Welt seine höchste irdische Aufgabe sah. Einige Jahre danach verlegte die Kurie ihren Sitz nach Avignon in Südfrankreich. Die französischen Päpste wurden ein Instrument der französischen Machtpolitik. Auch die Päpste von Avignon haben den Kampf gegen das Reich fortgeführt. Zwar ist der Nachfolger Albrechts, der Luxemburger Heinrich VII., noch einmal nach alter Art der deutschen Krone nach Italien gezogen; von dem großen italienischen Dichter Dante freudig begrüßt, mußte er doch die bittere Erfahrung, daß die Zeit der deutschen Italienzüge unwiderruflich vorüber war, mit seinem Tode im südlichen Lande besegnen. Als es dann zu einer Doppelwahl kam und der Habsburger Friedrich der Schöne von der einen, der Wittelsbacher Ludwig der Bayer von der anderen Partei der Kurfürsten gewählt wurde (1314), da suchte Papst Johann XXII. die Entscheidung des Thronstreites zu seiner Sache zu machen. Der Sieg Ludwigs hat ihn daran verhindert. Der Kampf um das Reich aber ging weiter. Der Papst von Avignon und der König von Frankreich waren die äußeren Gegner. Eben in diesen Jahren waren von radikalen politischen Denkern neue Grundlagen für das Eigentrecht des Staates gegenüber der Kirche erarbeitet worden, für diese seit dem Investiturstreit brennende Frage. Von diesen Grundlagen aus hat Ludwig den Kampf gegen die Kurie im Bunde mit bestimmten Gruppen des Franziskanerordens aufgenommen. Aber wichtiger für die politische Haltung der Deutschen war doch, daß jetzt zum ersten Male aus der Tiefe des Volkes heraus den Forderungen der Kurie geantwortet wurde. Als päpstliche Legaten französischer Abstammung in Westdeutschland erschienen, schrieb ein Kanzleibeamter des Erzbischofs von Trier: „Die Mönche irren, wenn sie glauben, mit harten und rauhen Worten, mit ihren Drohungen zum Ziele zu kommen. Das ist ein bei den Deutschen, welche Furcht nicht kennen, ganz und gar nicht verlangendes Unternehmen.“ So brach denn in diesem letzten Kampfe von Kaiser und Papst

zum ersten Male ein stolzes volkstümliches Selbstbewusstsein hindurch, Zeugnis dafür, daß die alten Eigenkräfte des deutschen Volkes auch in verwandelten Formen und trostlosen Zeiten lebendig geblieben waren. Im Jahre 1338 aber kam die Nachricht nach Avignon, die dort, wie es hieß, „mit heftigem, herbeikommend starrem Staunen und nicht ohne viel Mühsal“ angenommen wurde, daß die Kurfürsten am Königsstuhle zu R e n s e bei Koblenz beischlossen hatten, der von ihnen gewählte König bedürfe nicht der Weisung des Papstes, um seines königlichen Amtes voll und ganz walten zu können. Hier hatten die deutschen Kurfürsten einmal als Hüter des Reiches und des deutschen Königtums stolz die Schraube gegen die päpstlichen Ansprüche errichtet.

Als freilich trotz aller Bereitwilligkeit Kaiser Ludwigs der Friede mit der Kurie nicht zustande kommen wollte, griffen die Fürsten wieder zu dem Mittel einer Neuwahl. Sie wählten den Kandidaten, den ihnen der Papst bot: K a r l IV. (1346 – 1378). Der Tod Ludwigs des Bayern hat Deutschland vor einem längeren Thronstreit bewahrt (11. Oktober 1347). Karl IV. aber hat die neue Form deutschen Königtums, für die Rudolf von Habsburg den Grund gelegt hatte, zu einer gewissen Vollendung ausgeprägt. Der Enkel Kaiser Heinrich VII. aus luxemburgischem Hause hat auf einem Romzuge die Kaiserkrone erworben und stets in seiner großen Politik die Kurie als wichtigen Faktor berücksichtigt. Aber der eigentliche Bereich seines Wirkens war doch enger beschränkt: auf Böhmen, dessen Krone sein Vater Johann für das luxemburgische Haus gewonnen hatte, und auf Deutschland. Ein späterer deutscher Kaiser, Maximilian I., hat einmal auf Karl IV. das Wort von dem Erztiefvater des Heiligen Römischen Reiches geprägt. Es trifft nicht zu. Karl hat nicht nur für Böhmen, sondern auch für das Reich tätig gewirkt. Indem er die Mark Brandenburg erwarb, reichten seine Interessen bis gegen die See. Er plante eine wirtschaftliche Zusammenfassung Mitteleuropas, für welche die Elbe von Böhmen bis Hamburg die Achse werden sollte. Die Unterstützung der deutschen Hanse und des deutschen Ordens in Preußen dienten dem gleichen Zweck. Ein deutscher König, der Wirtschaftspolitik im großen treibt: welch ein Wandel der Zeiten gibt

sich darin zu erkennen, wie tief wirkte hier schon das bürgerliche Denken auf das fürstliche ein, wieviel näher standen sich deutsches Bürgertum und landesfürstliches Königtum, als die ritterlich-adlige Welt des Lehnowesens, die vergangene Jahrhunderte beherrscht hatte! Als nüchternere Tatsachepersonen erkannte Karl auch die Stellung, welche die Kurfürsten sich im letzten Jahrhundert geschaffen hatten, durch die „Goldene Bulle“, eine Festlegung der Königswahl wie überhaupt der königlichen und fürstlichen Rechte an. Er brachte damit die tatsächliche Zersplitterung erst in die Rechtsform einer Verfassung, hielt aber auch einen weiteren Zerfall des Reiches auf. Nüchtern in allen praktischen Erwägungen, ein guter Redner und kluger Kaufmann, jedem kriegerischen Einsatz nach Möglichkeit abhold, hat Karl IV. regiert. Eine eigenartig verängstigte Frömmigkeit auf dem Glauben an Wunder und Vorzeichen hat sich mit dieser Nüchternheit verbunden.

Schöpferischer als im Reich war sein Wirken in Böhmen. In der königlichen Kanzlei zu Prag saßen Männer, die von der jungen italienischen Renaissance Anregungen empfingen, um sie in deutsches Leben einzuführen. Die deutsche Sprache, wie sie in der Kanzlei Karls IV. ge-
pfelegt wurde, ist eine Stufe zu der neuhochdeutschen Sprache, welche die Schriftsprache des ganzen deutschen Volkes geworden ist. In Prag errichtete ein deutscher Baumeister, Peter Parler, den herrlichen Chor des Domes. Im Jahre 1348 entstand die Universität Prag als erste Universität auf deutschem Reichsboden. Sie ist auch der vollständigen Zusammensetzung ihrer Lehrer und Studenten nach zunächst trotz ihrer überwältigenden Fülle ungenutzte deutsche geblieben.

So blühte denn das deutsche Leben zur Zeit Karls IV. nirgends reicher als in Böhmen. Doch war nicht Böhmen in den ersten Jahrhunderten mittelalterlicher deutscher Geschichte in der Hauptsache ein slawisches Land, das zwar staatlich zum Reiche gehörte, aber in seiner vollständigen Zusammensetzung neben Resten alter germanischer Bevölkerung und frühen Ansiedlungen deutscher Kaufleute zunächst einmal undeutsch gewesen war? Welcher gewaltige Vorgang hatte das Deutschtum in diesen Landstrichen zur eigentlichen schöpferischen Kulturmacht werden lassen? Es war die o f f e n e

Kolonisation, auf die wir später in größerem Rahmen zurückkommen werden.

Die schöpferischen Kräfte

Innerhalb des deutschen Lebens aber, dem wir durch die Jahrhunderte nachgegangen sind, sehen wir die Stadt, das Bürgerium als lebendige Volksschicht, in ganz Deutschland entstehen. Überall wuchsen neue Städte empor. Überall wurde die Siedlungsdichte vermehrt. Die Städte selbst aber nahmen in dieser Zeit auch zahlenmäßig stark zu, wennalich Städte von 20 000 Einwohnern im Mittelalter noch eine Seltenheit darstellten. Weder die Zahl noch die Größe der deutschen Städte ist vom ausgehenden 15. bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert merklich gewachsen.

Auch der Bauer erlangt den Besitz seiner persönlichen Freiheit wieder. Er ist in weiten Teilen Deutschlands zwar nicht tatkräftiger Träger des politischen Lebens, wohl aber hat er aktiv an der Rechtsbildung und Wirtschaftsentwicklung wieder teil. In der Schweiz machte sich in dieser Zeit das bauerliche Volk auch politisch selbständig. In den Schlachten von Morgarten (1315) und Sempach (1386) siegten die Schweizer Bauernheere über die österreichischen Ritterheere der Habsburger. Eine landschaftlich gebundene, in alten Gemeinschaftsformen aufgewachsene Bevölkerung setzte sich gegen den territorialpolitisch denkenden Landesherren zur Wehr.

Dass aber jetzt und in Zukunft das Fußvolk über das Heer der Ritter im schweren Panzer und zu Pferde siegte, weist uns auf die schwere Krise hin, in der sich der ritterliche Stand befand: er wurde auf dem eigenen Felde seines Berufes, im Kriege, besiegt. Die Wandlungen der Heeresorganisation trafen die deutsche wie die ganze europäische Ritterschaft schwer treffen. Von der wirtschaftlichen Entwicklung her, einem inneren Verfall der grundherrschaftlichen Wirtschaftsformen und dem Siegt der Geldwirtschaft über die Naturalwirtschaft, auf der ja Lehnwesen und Ritterstand seit ihrem Entstehen beruhten, wurden sie nicht minder bedroht. So ist es zu verstehen, daß so manche Burg zum Raubritternest wurde, Adlige das Fehderecht mißbrauchten, um sich an Nachbarn und Städten schadlos zu halten, und der Kaufmann wie der Bauer vor Überfällen nicht

nicht sicher waren. Das Fehlen einer starken Residenzgewalt forderte diese unheilvolle Entwicklung noch. Durch Verarmung, Abzug in die Stadt, eheliche Verbindung mit dem städtischen Patriziat, die Verleihung des Adels an bisher nichtadlige Familien, die seit Karl IV. aufkam (Briefadel), veränderte sich das bisherige Wesen des Adels. Politisch hat er sich in den ständischen Formen bis in die Neuzeit hinein gehalten. Wirtschaftlich verlor er seit dem 13. und 14. Jahrhundert die ihm eigentümlichen Grundlagen. Kulturell war das Rittertum schon seit dem 13. Jahrhundert unsichererisch geworden.

Im Laufe des 15. Jahrhunderts hat sich auch die rechtliche und soziale Stellung der Bauern wieder verschlechtert, als Folge der allgemeinen unruhigeren Zustände litten sie unter geradezu bitterer Armut. In Sprüchen und Liedern sind die Bauern die „groben Filzhüte“, die „Häckertrappen“, um schließlich in der Sprache der Zeit die „armen Leute“ hiedrüber zu werden.

Es blieben als Träger des politischen wie des kulturellen Lebens im späten Mittelalter die Fürsten und die Städte. In den ständischen Kämpfen der Zeit miteinander verfeindet, haben sie sich doch auch ergänzt, und gerade auf kulturellem Gebiete durchdrangen sich bürgerliche und fürstliche Lebenskreise vielfältig. Form und Inhalt dieses Lebens soll uns auf dem Hintergrunde des großen politischen Geschehens jetzt noch beschäftigen.

Die Verurteilung der päpstlichen Kurie von Rom nach Avignon brachte in das Wesen des Papsttums und seiner Politik bedeutsame Wandlungen. Die Kurie erkannte die ungeheure Bedeutung der ausstehenden Geldwirtschaft. Im Bunde mit dem Gelde wurde die päpstliche Machtstellung jetzt ganz politisch, wo sie bisher Weltherrschaftepläne verfolgte hatte. In einem bis ins letzte Dorf reichenden Steuersystem wurden weltliche und geistliche Abgaben aus dem ganzen Abendlande eingetrieben. Wenn die Behauptung umging, Papst Johann XXII (1316–1334) habe bei seinem Tode 25 Millionen Geldgulden hinterlassen, so war das weit übertrieben. Aber gerade diese Übertreibungen verraten, was die Völker über die Finanzpolitik der Kurie meinten. So wuchs gegen diese überall der Widerstand. Niemand traute mehr der bestimmungsgegenmäßigen Verwendung der Gelder.

Das Papsttum selbst aber spaltete sich durch eine Doppelwahl (1378) in zwei Kurien. In Rom wie in Avignon saß nun ein Papst. Eine allgemeine Kirchenversammlung (Konzil) sollte der gespaltenen Kirche die Einheit wiedergeben. Aber nachdem von einem solchen Konzil zu Pisa in Italien ein neuer Papst gewählt war, bestanden die beiden anderen Päpste auf ihrer Stellung, und nun gab es drei Päpste, bis dann das Konzil von Konstanz der Kirche wieder einen einigen Papst gab (1417).

Das Reich war in diesen Jahren nicht geschlossen. Der Sohn Karls IV., namens Wenzel, wurde 1400 als „unmüßig, trager, unachtamer Entgleisener und unwürdiger Inhaber des Reiches“ abgesetzt und an seiner Stelle der schwächliche Ruprecht von der Pfalz gewählt. Nach dessen Tode (1410) wurden zwei Luxemburger, Wenzels Bruder Sigmund, der durch die Vermählungen seines Vaters, Karls IV., die ungarische Krone erworben hatte, und Jobst von Mähren in Doppelwahl zu deutschen Königen erkoren, und da auch Wenzel überraschend wieder auf sein Königtum pochte, gab es gleichzeitig drei deutsche Könige. Zum Glück löste sich die Wirrenis schnell; Sigmund, der letzte männliche Sproß aus dem luxemburgischen Hause, hat die deutsche Krone dann bis zu seinem Tode (1437) getragen. Drei Könige und drei Päpste: so waren die beiden großen universalen Mächte des Abendlandes in sich zerfallen! Weder Papsttum noch König, oder Kaisertum waren mehr das, was sie im hohen Mittelalter gewesen waren. Die Kirchenversammlungen von Konstanz und Basel brachten der Kirche die äußere Einheit wieder, die innere Reform aber nicht.

Nach Kaiser Sigmunds Tode fiel die Krone wieder an die Habsburger. Friedrich III. hat in den langen Jahrzehnten seiner Herrschaft (1440–1493) in seinen österreichischen Stammlanden mit kleinlicher Pedanterie die Verwaltungskünste eines Landesherren ausgeübt. Um das Reich hat er sich kaum gekümmert, und wenn er es tat, war es nur zum Unheil. So hat er die im Streit von Papst und Konzil fast vollzogene Schaffung einer deutschen Nationalkirche durch ein Konkordat mit dem Papste (1448) verhindert. Hatte schon unser Kaiser Sigmund durch die Hussitenkriege das Deutschum in Böhmen schwere, wenn

auch nicht unheilbare Verluste erlitten, so ist während der Regierung Friedrichs III. der deutsche Ordensstaat Preußen vom Reiche den Abfallsgelüsten der preussischen Stände (Städte und Adel) und dem Zugriff des polnischen Königs ausgekehrt worden. Trotz solcher Schwäche hat der Kaiser – der letzte übrigens, der noch in Rom die Kaiserkrone empfing – doch durch die Vermählung seines Sohnes Maximilian mit der Erbin von Burgund den Grund zur habsburgischen Großmacht in der Politik gelegt, die das habsburgische Haus auf den Weg einer immer volksfremder werdenden Politik führte.

Maximilian I. (1486–1519) hat die dynastische Politik seines Vaters fortgesetzt. Zwischen diese und ein romantisches Festhalten am alten universalen Kaisertum gestellt, hat Maximilian doch als erster deutscher König die deutsche Nation als Einheit gesehen und die völkische Ehre zum – freilich nicht ausschließlichen – Maßstab seiner Politik gemacht. Unermüdlich im Planen und Handeln, leidenschaftlicher Jäger, Kenner und Förderer von Literatur und bildenden Künsten, vom Volke geliebt als erhoffter Erneuerer deutschen Volkes und Reiches, ist er als der „letzte Ritter“ in unsere Geschichte eingegangen.

Stände und Rünfte

Unmerksamer und doch der Rahmen des Reiches das Leben des deutschen Volkes und seiner staatlichen Einzelgebilde. Die Fürsten schufen an ihren Residenzen kulturelle Mittelpunkte, die zwar nicht die ausschließliche Bedeutung späterer Jahrhunderte hatten, aber doch für die Entwicklung von Kunst und Bildung wichtig wurden. Sie beriefen Räte als ihre politischen Vertrauten und bauten für ihre Länder den modernen Beamtenapparat auf, dessen Ausbildung dem eingebildeten Deutschen Reiche früherer Jahrhunderte nicht gelungen war. Ihre innerpolitischen Gegenspieler fanden sie in den „Ständen“, den Vertretungen von Ritterchaft, Städten, oft der Geistlichkeit, und nur selten den Bauern, die im Landtage zusammentraten und durch das Recht der Steuerbewilligung sich entscheidenden Einfluß auf die Regierung sicherten. Das galt auch für den Reichstag gegenüber dem deutschen Könige.

Trotz dieses Gegensatzes der Städte gegen die

Fürsten wurde auch der Lebensbereich dieser von der bürgerlichen Kultur durchdrungen. Wie Bürgeröhne in den Adel übergingen oder die hohen kirchlichen Würdenstellen einnahmen, die in früheren Jahrhunderten dem Adel vorbehalten gewesen waren, so gewannen sie als fürstliche Räte und Beamte auch auf die fürstliche Politik bedeutenden Einfluß.

Seine eigentliche Schöpferkraft entfaltete das deutsche Bürgertum des späten Mittelalters aber doch in seinem Lebensbereich, in der *S t a d t*. Vor allem die freien *R e i c h s s t ä d t e* wurden Mittelpunkte einer blühenden Kultur. Während der großen Zahl kleiner und kleiner Städte ihr ländliches Wesen erhalten blieb entwickelten sich Städte wie Nürnberg und Augsburg oder Köln oder die Hansestädte zu Gemeinden, in denen die Fäden aus aller Welt sich verknüpften.

Anderes war das politische Bild. Das Deutschland dieser Zeit ist nicht nur zerplittert in Territorien. Es ist auch zerrissen durch den Haß seiner Stände und Schichten. Von Fürsten und Städten angefeindet, von Verarmung bedroht, hatten sich die Ritterschaften im 14. Jahrhundert zu großen *U n d e n* zusammengeschlossen. Der Ritter wiederum sah im Bürger, den Pfefferkäden, und gar im Bauern ein Feindbild. War so das Leben der ländlichen Bevölkerung Deutschlands vergiftet, so stand es um die Städte nicht besser. Auch hier stand eine Oberschicht gegen eine aufstrebende Unterschicht. Die eigentliche Handhabung der städtischen Selbstverwaltung war ganz in die Hände des *P a t r i z i a t s* übergegangen, das als ein geschlossener Kreis von „ratsfähigen“ Familien die Ämter des städtischen Rates besetzt hielt. Gegen dieses Patriziat wandten sich die *Z ü n f t e*, Zwangsvereinigungen von Unternehmern eines Gewerbes, vor allem eines Handwerks. Während des ganzen 14. und 15. Jahrhunderts dauerten die *Z u n f t k ä m p f e*, bis auch die Handwerker in irgendeiner Form am Rate der Stadt beteiligt waren. Doch auch die Zünfte schlossen sich wiederum im Interesse einer günstigeren Verteilung der vorhandenen Arbeit ab. So entstand eine breite Schicht von *G e s e l l e n*, die niemals zur Stellung eines selbstständigen Meisters aufstiegen, sondern bei schlechten Löhnen sich den ungünstigsten Arbeitsbedingungen unterwerfen mußten. Wenn keine Ausländer, keine Angehörigen unerblicher Ge-

werbe und deren Nachkommen in die Zunft aufgenommen wurden, wenn eheliche deutsche Herkunft und eine Abnenprobe über vier Geschlechter verlangt wurde, so diente das alles der *r a s s i s c h e n* Reinhaltung. Andererseits versperren diese Beschränkungen innerhalb des deutschen Volkes den Aufstieg gesunden und fräftigen Nachwuchses etwa bauerlicher Herkunft, so daß das Zunftwesen geistig, blutmäßig und wirtschaftlich schließlich vergreiste und erstarrte. Zu dieser sozialen Krise aber kam die *r e l i g i ö s e*, von der noch zu sprechen sein wird.

Eine Zeit ging zu Ende. Mühelosig bräunten inmitten des Alten doch erste Keime eines Neuen das zugleich Selbstbesinnung auf die alten, ewigen Kräfte des Volkes war, aus Licht. Wenn im 15. Jahrhundert der alte Begriff des „*H e i l i g e n R ö m i s c h e n R e i c h e s*“ weitergebildet wurde zum neuen Begriff des „*H e i l i g e n R ö m i s c h e n R e i c h e s D e u t s c h e r N a t i o n*“, so bedeutete das die Einschränkung auf den *d e u t s c h e n* Teil, den eigentlich völkischen Kern des Reiches, und nicht das Imperium unter deutscher Herrschaft als Ganzes. In der deutschen Wissenschaft brach die Erinnerung an die *g e r m a n i s c h e V o r z e i t* wieder durch. Nirgends wurde zu Ausgang des 15. Jahrhunderts die alte und ewig neue Welt germanisch-deutschen Lebens so getrieben, wie im schneefreien westdeutschen Grenzlande, im *E l l a s*. Gegen französische Belüste verteidigte *J a k o b W i m p l i u g* den deutschen Charakter des Rheines; er glaubte an die Einigkeit der Deutschen, „daß aus Liebe des *G e m e i n n e s* ihr alle Einigkeit und ganze Liebe gegeneinander haben“. In der gleichen Zeit verkündete der Schwabe *H e i n r i c h W e b e r* seine Überzeugung von der deutschen Vergangenheit als Glauben an die deutsche Zukunft: „Es waren nicht Zugewanderte und nicht ein Völkergemisch, das den Germanen den Ursprung gab, sondern wir sind auf dem Boden geboren, den wir heute bewohnen, unsere Söhne sind auch unser Geburtsland.“ Nichts anderes bedeuten diese Worte als den ewigen Glauben an die *e i g e n e A r t*. Er war in Jahrhunderten wechselnder Schicksale ungebrochen geblieben. Über Zerfall und fremde Einflüsse hinweg blieb er das Erbe, das auch uns anvertraut wurde, um es zu mehren und zu wahren.

ABC der Außenpolitik

Brest-Litowsk. Stadt in Polen. Hier wurde 1917 der Waffenstillstand, am 3. März 1918 der Friede zwischen den Mittelmächten und Sowjetrußland geschlossen. Rußland verzichtete zugunsten der Mittelmächte auf seine Ostprovinzen und auf Polen. Schon zu den Waffenstillstandsbedingungen der Entente gegenüber Deutschland vom 8. November 1918 gehörte der Verzicht auf die Verträge von Brest Litowsk und Bukarest durch Deutschland. Der Führer begann den Kampf der Bewegung in München durch Reden, die Brest-Litowsk und Versailles miteinander verglichen, da die Novemberverbrecher zur Lärmung ihrer Doldrumschuld beide Verträge auf eine Stufe stellten.

Brudenkopf. Militarischer Bezirk, Befestigung des nach dem Feinde zu gelegenen Vorgebietes einer Brücke. Als Brudenköpfe des nach dem Kriege besetzten deutschen linksrheinischen Gebietes wurden Köln, Koblenz, Mainz und Kebl bezeichnet, wenn sie auch nicht besetzt waren. Zurzeit sind völlig unbegründete Fantaßen der Auslandspresse über eine angebliche deutsche Militarisierung der westdeutschen Brudenköpfe die Stachelnspitze der internationalen Hege gegen uns.

Clearing im zwischenstaatlichen Verkehr, bedeutet Zahlungsausgleich im Wege gegenseitiger Verrechnung, also ohne Verwendung effektiver Devisen. Man unterscheidet *Wollclearing* oder *Teilclearing*.

Ein *Zwangsclearing* liegt vor, wenn ein Staat einseitig alle oder bestimmte Verbindlichkeiten gegenüber Angehörigen eines anderen Staates statt an diese ausländischen Gläubiger an eine besondere Stelle im Inland zahlen läßt, um daraus die Forderungen einheimischer Gläubiger zu befriedigen.

Von Deutschland wurden die ersten Clearingverträge 1932/33 mit Italien und Dänemark geschlossen, weil ein großer Teil der

deutschen Exportforderungen von diesen Ländern nicht in Devisen bezahlt werden konnte („eingefrorene Guthaben“). Diese Verträge gaben die Möglichkeit, deutsche Exporteure aus den Zahlungen deutscher Importeure zu befriedigen. Einen anderen Zweck verfolgen die sogen. *Zahlungssabkommen*, die — gleichfalls in den Jahren 1932/33 — mit solchen europäischen Ländern geschlossen wurden, denen gegenüber die deutsche Handelsbilanz mehr oder weniger aktiv ist (wie Holland, Schweiz, Frankreich, Schweden). Diese Abkommen sollten der durch die deutsche Devisenengelageung behinderten Ausfuhr jener Länder größeren Spielraum gewähren und dadurch etwaigen Gegenmaßnahmen gegen die deutsche Ausfuhr vorbeugen. Deutsche Importeure durften deshalb nach Erschöpfung ihrer Devisenkontingente (d. h. der ihnen zum Wareneinkauf zugewiesenen Devisen) aus den Vertragsländern weitere Waren einführen und den Gegenwert in Reichsmark auf ein Sonderkonto der betreffenden Notenbank bei der Reichsbank einzahlen. Dabei war ausdrücklich vorgegeben, daß sich durch diese „zufällige“ Einruhr die Handelsbilanz nicht wesentlich zu Ungunsten Deutschlands verändern dürfe („Schwebenklausel“). Anfangs arbeiteten diese Abkommen einigermaßen zufriedenstellend, doch wurden sie seit Anfang 1934, als die Devisenknappheit sich immer stärker bemerkbar machte, in steigendem Umfang mißbraucht und mußten daher gekündigt werden.

An ihre Stelle traten, meist auf Wunsch des Auslandes, *Verrechnungsabkommen* im engeren Sinne, die — im Gegensatz zu den Verrechnungsabkommen der älteren Art — in der Regel außer dem Warenverkehr auch den Dienstleistungs- und Kapitalverkehr erfassen. Bewährt haben sich diese Vereinbarungen nicht, vielmehr drängten die mit dem Clearing verbundenen bürokratischen Hemmnisse die ausländischen Importeure mehr und mehr auf den Handelsverkehr mit solchen Ländern ab, mit denen derartige Verträge nicht bestehen.



Aus der Geschichte der Bewegung

J. H. Womerius.

Unsere N.S.-Presse

Ihr Weg von der Opposition zum Mittel der Volks- und Staatsführung

Zweiter Teil: Die N.S.-Blätter in den Gauen bis zur Stadtübernahme.

„ Die nationalsozialistische Presse kann nicht auf Traditionen vieler Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte zurückblicken. Sie ist ein Kind unserer Zeit und steht auch heute noch mitten im Kampf um ihre endgültige Ausgestaltung und Fernwirkung. Sie aber in den Kampfsjahren gemeinsam mit dem gesprochenen Wort eine scharfe Waffe der Verteidigung und des Angriffs geworden und bleibt dieses Werkzeug innerhalb der Bewegung für immer. Zunächst aber ist sie in der heutigen Epoche ein wichtiges Mittel der geistigen Gestaltung und wird immer mehr in die Aufgabe hineinwachsen, die Weiterentwicklung der nationalsozialistischen Bewegung adäquat darzustellen und auf allen Gebieten des Lebens zu vertreten. Zehn Jahre Kampf wiegen heute viele, viele Jahrzehnte vergangener Epochen auf; denn in diesen zehn Jahren ballte sich ein weltliches Weltzeichen zusammen, wie man es in diesem Umfang und in dieser Tiefe nur ganz selten in der Weltgeschichte in einer so kurzen Spanne Zeit durchleben konnte“

Alfred Rosenberg

Der erste Teil dieser Geschichte oben Betrachtung der nationalsozialistischen Presse mit fast ausschließlich auf den „Völkischen Beobachter“ und den „Zentralverlag“ der Partei beschränkt, weil die Geschichte der N.S.-Presse in den Anfangsjahren der Bewegung abseits bedeutend war mit der Geschichte des am 17. Dezember 1920 übernommenen „V.B.“, der dessen Erwerb die ersten Aktivitäten ihrer eigenen Partei 1922 Geldzahl sammelt hatten.

Mit dem Wachsen der Partei verstärkte sich das Bedürfnis nach Bewegungseorganen mit besserer örtlicher Verbundenheit. Es fehlte an ausreichenden Möglichkeiten, die Bewegung gegen die Großmacht der roten und schwarz-weißpropagierten Journale zu verteidigen, weil das Zentralorgan naturgemäß nicht annähernd die Leserschaft erfassen konnte, die das ständige Opfer dieser vom Judentum und der Freimaurerei finanzierten täglichen Lügenliste wurde. Wohl ist bei der Betrachtung des historischen Berganges der NSDAP immer wieder fest-

zuhalten, daß die NSDAP nicht mit der „Grenzmacht Presse“, sondern gerade sie groß geworden ist, aber Tatsache ist auch, daß die Entwicklung im Endkampf um die Macht in den letzten Preussischen Jahren dahin gegangen war, daß die gegenständlichen Parteien oft fast nur noch in der Presse gegen den Nationalsozialismus auftreten konnten. Daher wäre es falsch, die geschichtliche Bedeutung und die Leistung der bewegungsgeprägten, an Zahl zwar immer noch kleinen Presse der Kampfzeit zu verkennen. Genau so wie im Weltkriege die Kraft des deutschen Frontsoldaten stärker war als die ungeheuren materiellen Mittel des Materialkrieges und unsere Herresleistung dennoch kasslos bemüht blieb, den Einsatz technischer Kräfte zu steigern, ebenso mußte im Ringen der Ideen der Kampf des gesprochenen Wortes in immer stärkerer Maße durch eine starke Presse unterstützt werden. Die Bewegungspresse mußte als die Artillerie der Propaganda wirken, während das gesprochene Wort weiter die Hautflaut des Kampfes trug,

solange nicht Nebenverbote die Aufgaben verlagerten. Die fruchtigen finanziellen Erfahrungen der früheren völkischen Bewegung konnten durch die bereits behandelten weitreichenden Maßnahmen des Führers weitgehend, wenn auch nicht völlig verhindern, daß ein zu früher Einzug neuer eigener Zeitungen allzu große wirtschaftliche Belastungen einbrachte. Allzu groß muß dabei immerhin stark betont werden, denn „Lehrgeld“ ist noch genug gezahlt worden, jedoch der gesunde Geist der Bewegung sorgte dafür, daß sich zunächst mit wirklich bescheidensten Anfängen begnügt wurde, um das beabsichtigte Ziel durch organisches Wachstum und beharrliche Kleinarbeit zu erreichen. Wie oft war die Wohnung eines Parteigenossen, der Teil eines Zimmers oder ein geräumiger Schreibtisch im Parteilokal die erste Redaktion. Fast immer war Verleger, Schriftleiter, Packer und Anzeigenwerber derselbe Mann, ein Freiwilliger aus der Front, der sich vorher vielleicht noch niemals um Zeitungsangelegenheiten bekümmert hatte. Wenn überhaupt erst eine Druckerei gefunden worden war, die sich bereit erklärte, für uns zu arbeiten, wenn die ersten hundert Heißbecher durch Parteibefehl gesichert waren, dann blieb die Schriftleiterfrage meist kaum noch ein Problem. Da sich außerhalb der Bewegung selten ein „Gadmann“ bereit fand, alles aufs Spiel zu setzen, genugte ein Parteigenosse, der vor allem anderen bereit war, für das neue Kampfmittel notigfalls auch in das Gefängnis zu gehen. Denn der entschlossene Wille, im Kampf gegen den Untergang rücksichtslos vorzugehen, die Bereitschaft, auch einmal, wo es nötig tat, heißes Eisen anzugreifen, war das Anfangskapital unserer Blätter. Die wichtigste Redaktionswaffe war die genaue Kenntnis der Chancen und Möglichkeiten des Veröffentlichungsgebietes und des Pressegesetzes. So wurden die ersten Schriftleiter außer all den verschiedenen Tätigkeiten, auch noch juristische Berater mit handig wachsender „Erfahrung“. Ein Hauptredakteur stand 30mal vor dem Gericht, sein Mitarbeiter 26mal, ein anderer erhielt 8½ Monate Gefängnis. Geldstrafen betrafen es formlich, von 40 000 Mark bis zu 4000 werden rückblickend festgestellt. Die behördlichen Terrormaßnahmen haften sich so, daß die Gaue heute die Anzahl und Gesamthöhe der Strafen nicht mehr ermitteln können. Die amtlichen Unter-

lagen allein konnten noch eine genauere Bilanz des Einflusses der ersten nationalsozialistischen Pressenanner in Redaktionen und Verlagen geben, soweit damals Redaktion und Verlag überhaupt in verschiedenen Händen lag. „Straten gab es am laufenden Band“, selbst ein Gau, andere berichten ähnlich. „unzählige...“, „in Menge“, „monatelange Verbote...“, „trotz minimaler Anfangsauslage etwa zwei Monate nach dem ersten Erchein Verbots auf wieder ein halbes Jahr. Erstens trotzdem nicht vernichtet...“ Den Verfolgungsrekord hält mit 16 Verboten der „Angriff“. Am 17. September 1925 macht die als „Dauersondernummer in einer Massenauslage herauskommende Folge 19 (!) des „Westdeutschen Beobachters“ das idemedia: Wochenblatt des damaligen Gau Niederrhein weit über die Grenzen seines beiderseitigen Verbreitungsgebietes hinaus bekannt. Bezeichnend für die große Schwierigkeit und noch größere Entschlossenheit zu ihrer Überwindung ist die Tatsache, daß dieses in Köln erscheinende Kampfblatt in Zusammenarbeit mit dem Gau Pommern in Greifswald (!) gedruckt wurde. „Zeitungsredaktion“ ein unmögliches Beginnen, politisch aber eine Tat, die wie Kanarienvogel ins schwarze Rheinland klang“, schreibt ein bekannter Mitarbeiter. Und nach 10 Jahren kann Dr. Ley feststellen: „10 Jahre „Westdeutscher Beobachter“, ein Kampfabdruck, auf den wir stolz sein können — eine Fülle von Erinnerungen auch für mich zeichnen die Stationen dieses Kampfes ebenso, wie die 36 Prozesse neben den dazugehörigen Verurteilungen, die ich dem „Westdeutschen Beobachter“ verdanke. Sie sind Meilen-, um nicht zu sagen, Lichtpunkte des harten Weges, den wir heute für unseren Führer Adolf Hitler jederzeit wieder gehen würden.“

So ist es reizvoll, hier als eine von zahlreichen möglichen Beispielen die Verfolgungslinie eines der größten Bewegungsblätter in den Gaue, die „Rote Erde Westfälische Landeszeitung“, Gau Westfalen-Süd, festzuhalten. Da heißt es. „Immer wieder versuchte das damalige Weimarer System die „Rote Erde“ mundtot zu machen. Verbote in den Jahren 1931 und 1932 hemmten die Weiterentwicklung. Es gab

Verbote vom 11. April 1931 – 25. April 1931; 13. Juni 1931 – 13. Juli 1931; 24. Juli 1931 – 20. August 1931; 30. September 1931 – 14. Oktober 1931; 9. April 1932 bis 8. April 1932. Durch Geldstrafen versuchte man den Kampfgeist der an der „Roten Erde“ beschäftigten Parteigenossen zu lähmen. So erlitten an Geldstrafen der Hauptdrückleiter Dr. Piepmann insgesamt 1500 RM. Geldstrafe; Pg. Dr. Pfaffnerott 1000 RM. Geldstrafe; Pg. Lobbert 2500 RM. Geldstrafe. Mit einer Auflage von 180 000 ist das heutige Bauerorgan des Bundes Westfalen Süd, die „Westfälische Landeszeitung – Rote Erde“, eines der größten Zeitungsunternehmen. . . .“ Zahlreich konnten ähnliche und noch schlimmere „Verlustlisten“ genannt werden. Aber diese „Strafen“ griffen ja nur selten in ein Stammkapital oder Privatvermögen, sie standen immer vor Männern und Betrieben, die nichts zu verlieren hatten.

Dass am Wirkungsort der bekanntesten Notationsmaschine die N.S.-Presse in Frankfurt am Main mit an der Spitze der Zahl der Verfolgungen stand, ist dort zu erwarten gewesen. Hier war die erste Redaktion ebenfalls wie in den meisten Bauen im Wohnzimmer des Chefs. Dem persönlichen Einsatz der Chefs hat die junge Bewegungspresse viel, oft sogar alles zu verdanken und wohl jeder Chefs war irgendwie einmal im Pressewesen der Partei intensiv mit tätig. Der Druck der Verfolgungen sollte den Gegendruck der immer wieder angreifenden Verfolgten aus. Im Volk fand diese Kraft Anerkennung, auch wenn mitunter nur bedrucktes Papier statt einer Zeitung herauskam, was bei der unweiten fast rubensähnlichen Notlage nur allzu häufig vorkam. „Buchstäblich aus dem Nichts war in wenigen Wochen von unserem damaligen Chefs Dr. Robert Ley ein Zeitungsbetrieb aus dem Boden gestampft worden“, so berichtet Koblenz-Trier. Andere schreiben „Zuerst war nichts da. . .“, ein anderer Chefs bekennend: „Kleiner und bescheidener als unser Chefsblatt kann eine Zeitung wohl gar nicht begründet worden sein. . .“ Und doch war das tatsächlich noch bescheidener möglich; berichtet doch die heute so ausgezeichnet erachtete „N.S.Z.-Korrespondenz“ „Manches später gewordene Unternehmen ruht sich, einmal mit nichts angefangen zu haben. Die „N.S.Z.-Korrespondenz“ hat sogar

mit einigen Tausend Mark Schulden angefangen. . . .“ Dementsprechend war das erste Gesicht dieser Blätter natürlich ausgesprochen spiegelbildlich.

Der Hohn der „besseren Leute“ und der Zeitgenossen, die allein schon aus „Niveau-Gründen“ eine Beschäftigung mit unserem rauh angreifenden ersten kleinen Blättern entrüstet ablehnten, hinderte das Wachstum der schnell bekanntwerdenden N.S.-Blätter ebensowenig wie der amtliche Terror. Besonders zeigte das der älteste Kämpfer des Zentralorgans, „Der Stürmer“, der im April 1923 hervorgegangen war aus dem am 1. Oktober 1921 gegründeten Organ der deutschen Volksgemeinschaft „Deutscher Volkswille“, seit 22. Oktober 1922 anerkanntes Wochenblatt für die N.S.D.A.P. Vorher hatte Julius Streicher am 4. Juni 1920 ein Blatt „Der deutsche Sozialist“ gegründet. Nach dem Novemberverrat von 1923 blieb „Der Stürmer“ bis 1925 verboten, um dann um so ungezügelter wieder anzugreifen und über unzählige Verbote, Geld- und Freiheitsstrafen hinweg vom Frankfurter in Nürnberg zu der heutigen in der ganzen Welt bekannten Bedeutung geführt zu werden, die in einer Auflage von 486 000 zum Ausdruck kommt.

In Bayreuth erschien ebenfalls bereits 1923 ein Wochenblatt „Der Nationalsozialist“. Auch der Gau Thüringen konnte schon 1924 in Weimar ein offizielles Wochenblatt der N.S.D.A.P., „Der Nationalsozialist“ als Vorgänger der späteren „Thüringer Staatszeitung“ und der heutigen „Thüringer Volkszeitung“ herausbringen.

Im Jahre 1925 erschienen einige neue Wochenblätter in den Gaue Köln, Mecklenburg-Vorpommern, Hannover, Pommern und Rhein- und Ruhr.

Der „Kampfbund“ bringt neben der „Berliner Arbeiterzeitung“ fünf Kopfbücher für Nord-, West- und Ostdeutschland, „Rhein und Ruhr“ und für Sachsen heraus. In Frankfurt a. M. erscheint die „Freiheitsfahne“, in Bamberg die „Flamme“, in Oberfranken „Der Falkenkreuzler“, in Gerdheim „Der Streiter“, in Hannover der „Niedersächsische Beobachter“, in Weimar der „Niederdeutsche Be-

obachter", in der Pfalz der „Eisenhammer", in Marktbreit „Die Sturmflut", in Württemberg „Der Süddeutsche Beobachter". Auch noch eine Tageszeitung erscheint im Namen der Bewegung, der „Kurier für Niederbayern" in Landsbut. In Worms a. Rh. bringt Claus Selzer die „Faust" heraus; als man sie verbietet, läßt er dafür die „Stirn" erscheinen. Die nächste parteiamtliche Tageszeitung und das erste täglich erscheinende Wochenblatt gründet Schleswig-Holstein am 2. Februar 1929. Nun beginnt ein Wettstreit unter den Gaue, der abzuwischen läßt, welche eine großartigste Entwicklung am Ende dieses Weges stehen wird. So schreibt doch das vielgelesene Kölner Volksblatt, als dort 1931 das große rote Nebelhaus für die Marxistenpresse errichtet wurde: „Dieses Haus baut ihr für uns."

Noch aber stand im Bewegungsaueen gesehen die Versammlungstauglichkeit und die propagandistische Kleinarbeit mit Redner, Flugblatt und Plakat im Vordergrund des Ringens. So gab es vor dem Septemberkrieg 1930 insgesamt neben 47 Wochenblättern nur sieben M.S.-Tageszeitungen im Reich (5 in Bayern, 1 in Sachsen, 1 in Schleswig-Holstein) und 1 in Österreich. Als die Propaganda der Partei in Berlin verboten wurde, erschien am 4. Juli 1927 im schweren Ringen um die Reichshauptstadt der „Angriff" als „Deutsches Montagblatt in Berlin". Das feierte im ganzen Reich bekannte Kampfbildungslam ab 1. Oktober 1929 zweimal wöchentlich und seit 1. November 1930 täglich heraus. Der „Angriff" ist heute die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront und in Berlin die nationalsozialistische Abendzeitung neben dem morgens erscheinenden „N.B.". Es gibt keine zweite Zeitung der Bewegung, die so schnell und durchschlagend zur begehrtesten Waffe aller Aktivisten draußen im Reich wurde. Als „die am meisten verbotene Tageszeitung Deutschlands" weiß der „Angriff" immer wieder lachenden Haß in Wort und Bild durchdringend wirken zu lassen und einen begeisterten Leserkreis zu Kampfern auszurüsten. Die Parteigenossen warteten des Sonntags stundenlang auf das Bahnpostpaket, um das

vielbegehrte Kampfbildungslam zu bekommen und es dann von Hand zu Hand gehen zu lassen, bis eine Unleserlichkeit, die oft schon an Unkenntlichkeit grenzte, die nächste Folge mit der gleichen Ungeduld und Spannung erwarten ließ.

Darzwischen stellte auch die Hitler-Jugend das gedruckte Wort in ihre Dienste. Nachdem sie auf dem Weimarer Parteitag 1926 offiziell gegründet worden war, kam 1927 in Plauen z. B. die „H. J. J. - Sturmjugend" in beachtenswerter Aufmachung als Monatsblatt heraus. Vorher bestand als erstes Blatt der nationalsozialistischen Jugend die „Großdeutsche Jugend", Markneubirgen. Die „H. J. J." wuchs 1929 und in den folgenden Jahren in der Auflage und Form von Monat zu Monat, so daß im Frühjahr 1929 noch ein monatliches Führerblatt „Die junge Front" als Ergänzung erschien. In diese Zeit fällt auch die Gründung der ersten Presse-Korrespondenz der Bewegung. „Deutsche Jugend-Nachrichten" die vierzehntägig an sämtliche Parteiblätter und bald auch an andere Zeitungen geht, um die Zuhlung zwischen der Presse und der nationalsozialistischen Jugendführung herzustellen. Der Verfasser dieser Rückschau, als damaliger Abteilungsleiter P der Reichsjugendführung, muß sich hier im gedrängten Raum mit der Feststellung begnügen, daß auch die ersten Versuche unserer nationalsozialistischen Jugendpresse mit unerhörten Opfern unternommen wurden. Die bekannte Personalunion von Schriftleiter, Zeichner, Dichter, Packer, Adressenschreiber, Verlagsbote usw. blieb auch bei einer schon zu Anfang 1929 erreichten Auflage von 12 000 noch notwendig. Wir haben seitdem nie vergessen, daß auch ein knurrender Magen und bei -24 Grad und Kältemangel eingefrorene Tintenfassler keine Hinderungsgründe im Pressekampf sein müssen, sondern sogar das Gegenteil sein können, wenn jeder weiß, wozu es geht. Bei dem heutigen Stand der riesigen Entwicklung der M.S.-Jugendpresse ist ein solcher Rückblick besonders reizvoll. Der Aufschwung der H. J. Presse wurde eingeleitet durch die im November 1932 vom damaligen Gebietsführer Hartmann-Lauterbach mit 100 000 Anhangsauslage gegründeten „Gangart", H. J.-Zeitung des Obergebiets West.

Im August 1929 bringt Gauleiter Schein in

in Bayreuth die erste Folge der „Nationalsozialistischen Lebereitung“ heraus. Bald folgt ein aus Berlin kommendes Kampfblatt des nationalsozialistischen Schülerbundes, „Der Aufmarsch“. Durch die schon im Bild des ersten Blattes erscheinende Mitarbeit des aus dem „W. B.“, dem „Angriff“, der „Kampfverlagspresse“, sowie aus den besten Plakaten der Bewegung überall im Reich bekanntgewordenen nationalsozialistischen Künstlers Pg. Hans Schweizer, Möl, nle wird dem Blatt eine wertvolle Unterstützung zuteil. Schweizer Mehnir ist eine am Karften der jungen N. S. Presse starkens beteiligte Kraft. Seine aus den Impressionen der Straße und des politischen Ringens von Mann zu Mann kommenden Zeichnungen ersetzen ganze Bilder und Neben, ihre typusbildende Kraft hat ohne Worte Erfolge über Erfolge eingebracht. Keine andere Partei und keine andere Zeitung konnte ihm einen ebenbürtigen Gegner entgegensetzen. So gehört dieser Künstler in seinem Wirken mit zur geschichtlichen Entwicklung der nationalsozialistischen Presse.

Als erste parteiamtliche Pressetektorrespondenz erschien vor der N. S. K. die am 19. 6. 1929 im „W. B.“ angekündigte „N. S. - Pressekorrespondenz“ (N. S. P. K.). Sie wurde von der jungen Reichstagsfraktion der Partei, die unter Führung des Parteigenossen Dr. Fried stand, herausgebracht und vom Parteigenossen Stöber, M. b. K., geleitet. Redaktionssitz war der Reichstag. Am 1. August 1929 erschien dieses Mitteilungsorgan erstmals, um sodann „nach Bedarf“, aber mindestens jeden Dienstag und Freitag im Umfang von 2—3 Folioblättern in Schreibmaschinenschrift herauszukommen. Nach dem Septemberheft von 1930 stellte die „N. S. P. K.“ ihr Erscheinen ein mit Rücksicht auf die nun notwendig gewordenen großzügigeren Einrichtungen der Partei. Überhaupt ist der September 1930 von besonderer Bedeutung für die Geschichte unserer Presse, nur wird der gerade in dieser Zeit und dem folgenden Halbjahr bemerkbare Aufstieg unserer Blätter schon heute in seinen Ursachen insofern verkannt, als nicht der Wahlerfolg vom 12. September, sondern die ihm vorausgegangenen höchsten Anstrengungen der Bewegung diesen Aufschwung gebracht haben. Nicht

weil wir mehr Wähler bekamen, wurde die Presse stärker, sondern weil für diesen Wahlerfolg schon ein höchster Einsatz unserer Blätter erfolgt war, hatte der Kampf den Impuls zur Zentnung der N. S. Presse gegeben.

Am 1. August 1931 gründet der Führer eine offizielle Pressestelle der Reichsleitung der N. S. D. A. P. Partei. genosse Dr. Dietrich wird zum Reichspresseschef der Partei ernannt. Ein Frontsoldat, Kriegsbereitswilliger mit dem E. K. I., und nach dem Studium der Philosophie und Staatswissenschaften in der Wirtschaftspraxis Erfahrungen sammelnder Parteigenosse, kommt er aus der Leitung des Stahlwarenhandels und der wirtschaftlichen Abrechnung des Staatlichen Schlepplumpens für die westfälischen Kanäle in Duisburg Ruhrort zur „Nationalzeitung“ in Essen und so als stellvertretender Chefredakteur in die nationalsozialistische Presse. Schon vorher war Dr. Dietrich leitender Handelsredakteur und Münchener Korrespondent großer Tageszeitungen. Weit über die Reichsgrenzen hinaus wurde er bekannt durch sein Werk „Mit Hitler in die Macht“.

Mit dem Reichspresseschef zugleich wurden die Parteigenossen Dr. Dresler und Helmut Sündermann in die Reichspressestelle eingesetzt. Heute vertritt Pg. Dresler als Hauptamtsleiter die Reichspressestelle in der Hauptstadt der Bewegung. Daneben hat er das Verdienst, in Berlin die ersten Schulungskurse der Partei zur Vertiefung der Kenntnisse des journalistischen Nachwuchses der Bewegungspresse vom 28. Juni bis 5. Juli und vom 17. September bis 26. September 1934 mit 76 Teilnehmern im Auftrag des Reichspresseschefs durchgeführt zu haben. Bekannt wurde Dresler durch seine zeitungswissenschaftlichen Arbeiten, insbesondere durch die wissenschaftliche Bearbeitung der italienischen Presse, die ihm auch von Seiten der italienischen Regierung Anerkennung brachte. In München leitet Dr. Dresler die Pressekonferenz der N. S. D. A. P.

Pg. Sündermann ist Amtsleiter des Pressepolitischen Amtes der Reichspressestelle. Das Amt ist die Zentrale der zahlreich gewordenen Parteipressestellen, der Reichs- und Gauleitungen, die dem Reichspresseschef unterstellt sind. Als Hauptdrucksleiter führt Sündermann die Schriftleitung der parteiamtlichen „N. S.“

Korrespondenz" (N.S.K.). Die erste Ausgabe der N.S.K. erschien am 15. Januar 1932 mit einem Beileitwort des Führers. Die N.S.K. ist seitdem der gesamten deutschen Presse zugänglich. Nachdem die N.S.K. am 1. Mai 1933 nach Berlin übergesiedelt war, kam es zu einem starken Verbreitungswachstum, zur Herausgabe mehrerer Sonderdienste und zum weiteren Ausbau des Nachrichtenapparates. Als Aufgabe des N.S.K.-Nachrichtendienstes gilt die Verbreitung aller wichtigen Parteimeldungen aus dem Reich. Im Februar 1934 wurde ein **Funkdienst** für die Parteizeitungen eingerichtet. In der Folgezeit kam es zu einer starken Zusammenfassung sämtlicher außerhalb der N.S.K. vorhandenen N.S.-Korrespondenten, die zu Sonderdiensten der N.S.K. gemacht wurden. Die Ausgabe von Pressediensten der Parteigliederungen ist jetzt nur noch im Rahmen der N.S.K. genehmigt. Seit September 1934 sind bei den Gau-Pressämtern besondere „**Gaudienste**“ unter redaktionellem Einfluß der N.S.K. eingerichtet worden. Als Aufgabe dieser Gaudienste wird die zusammenfassende Verbreitung der Meldungen aller Parteigliederungen eines Gaus bezeichnet. So besteht eine enge Fühlung zwischen den Gliederungen der Partei und der gesamten deutschen Presse. Darüber hinaus hat der vom Führer zum Auslandspresseschef der N.S.D.A.P. eingesetzte Parteigenosse Dr. **Hans Längel** es verstanden, auch die Beziehungen der Bewegung zu maßgebenden Auslandsblättern zu festigen oder oft überhaupt erst zu schaffen.



Bei dieser Gelegenheit darf ein Blick auf den Pressekampf der im Ausland lebenden Nationalsozialisten geworfen werden, der uns allerdings nicht nur über die territorialen, sondern auch über die geistlichen Grenzen der Betrachtung hinweg in die Gegenwart führt. Dieser hat die durch den Tod ihres Landesleiters **Stuifloß** besonders bekanntgewordene Auslandsorganisation der N.S.D.A.P. im Ausland eine ganze Anzahl eigener Blätter geschaffen. So verfügt der jüngste Gau der Bewegung heute über folgende Blätter:

Kolumbien: „Nachrichten der deutschen Interessengemeinschaft Barranquilla“, Barranquilla;

Costa Rica: „Mitteilungsblatt der Ortsgruppe San Jose“, San Jose de Costa Rica;
Mexiko: „N.S.-Herold“, Mexiko;
Paraguay: „Deutsche Warte“, Muncion,

Uruguay: „Deutsche Wacht“, Montevideo,

Brasilien: „Fürs Dritte Reich“, Rio Grande do Sul, „Deutscher Morgen“, Sao Paulo,

Argentinien: „Der Trommler“, Buenos Aires,

Chile: „Beobachtenbeobachter“, Santiago de Chile,

China: „Asiatischer Beobachter“, Schanghai;

Niederländisch-Indien: „Deutsche Wacht“, Batavia,

Polen: „Idee und Wille“, Warschau,

Schweden: „Der Deutsche in Schweden“, Stockholm

Ferner verdienen in diesem Zusammenhang noch besonders erwähnt zu werden: **Schweiz:** „Nachrichten der Deutschen Kolonie“, Bern;
Spanien: „Deutsches Echo“, Madrid;
Süd-Afrika: „Der Deutsch-Afrikaner“, Johannesburg;
Belgien: „Deutsch-Belgische Rundschau“, Brüssel;
Griechenland: „Neue Athener Zeitung“, Athen;
Dänemark: „Kopenhagener Rundschau“, Kopenhagen;
Australien: „Die Brücke“, Sydney;
Finnland: „Die deutsche Warte“, Helsinki;
Frankreich: „Deutsche Zeitung in Frankreich“, Paris;
Türkei: „Türkische Post“, Istanbul.



Damit sei ein zur Vollständigkeit des Entwicklungsbildes notwendiger Ausblick in die dritte nach 1933 begonnene Periode des Werdens der Bewegungspresse abgeschlossen. Wir haben zunächst die Pflicht, nach jene Zeit festzuhalten, von der sogar die objektive Zeitungswissenschaft (Dr. H. A. Munster) berichtet: „Zur Zeit der Regierung Brüning war der größte Teil der nationalsozialistischen Parteipresse fast dauernd verboten. Die staatlichen Maßnahmen verstehen

langst gegen die Grundjäger liberaler Pressepolitik".

In diese Zeit fällt auch der Vormarsch der D.A.B.-Presse. Schon im November 1928 waren die „Signale“ der Betriebszellenorganisation des Saues Berlin ein allerdings noch nicht als Zeitung anzusprechender Aufruf gewesen. Es war ein Versuch, der Schule machte und in den Wahlkämpfen von 1932 sogar die Auflage von 400 000 erreichte. Im Frühjahr 1931 wird vom Parteigenossen M u c h o w das „Arbeiterturn“ gegründet. „Während die Ideen für das äußere Gesicht des „Arbeiterturn“ von M u c h o w stammen, lag die technische Ausführung bei Pg. B i a l l a s in den besten Händen“ (Herbarch Starke, M.S.B.D. und Deutsche Arbeitsfront). Die erste Auflage des neuen Monatsblattes betrug 13 000, aber schon nach drei Jahren ist das „Arbeiterturn“ mit 4,5 Millionen Auflage zur größten Zeitschrift der Welt geworden. Neben einigen weiteren Monatsblättern gab die M.S.B.D. 1931 auch die für Zeitungen und Aniswalter bestimmte Korrespondenz „Informationsdienst“ („In-Die“) heraus. In den Redaktionen dieser Monatsblätter werden aus bewährten Frontkämpfern der Bewegung die Fachmänner für die spätere redaktionelle Betreuung des Arbeiterturns in der Tagespresse. Diese findet am 2. Mai 1933 ihre erste Form in dem zugleich mit den Gewerkschaften übernommenen Blatte „Der Deutsche“.

Während so Monatsblätter den Kampf gegen die ganz besonders verjudete Gewerkschafts- und roten Tageszeitungen aufnehmen, müssen auch die Tages- und Wochenblätter der Partei die nicht ausreichende Resonanz ihrer Auflage durch „Sondernummern“ verstärken. Insbesondere die großen Sondernummern des „Völkischen Beobachters“ erregten viel Aufsehen. Eine zahlenmäßige Erfassung des starken Erfolges solcher Extraausgaben wäre reizvoll, ist jedoch kaum noch möglich. Eine Stichprobe soll hier wieder beispielgebend für die Gesamtheit sprechen. Der Gau Sachsen allein kann folgende stattliche Leistungsbilanz seiner Wahlkampf-Sonderausgaben vorlegen:

1931,	
16. Oktober	18 500 Sondernummern, vierseitig.
24. „	50 532 Beilagen, vierseitig.
26. „	8 100 Chemnitzer Beilagen, vierseitig.

11. November	10 000 Sondernummern: Deutsch und
11. „	20 000 Bilderzeitungen 10 Jahre u. A.
27. „	6 020 Beilagen: Kampf um Chemnitz.
3. Dezember	5 370 Zeitungsbeilagen: Volksergeb-
	ten vierseitig.
11. „	92 000 Flugblätter: Not des Kampfs
	gegen jüdische Warenhäuser
1932	
29. Januar	12 550 Beilagen: 10 Jahre Kampf
	um Chemnitz.
26. Februar	10 140 Sondernummern: 10 Jahre
	Kampf um Chemnitz.
29. „	54 000 Sonderbeilagen: „Chemnitz.“
4. März	360 000 Wahlendernummern Nr. 1
9. „	6 520 Sonderbeilagen: Wahl,
10. „	135 000 Flugblätter, vierseitig.
24. „	182 000 Sondernummern: Freiheitsfront
29. „	207 000 Wahlendernummernfolge 73
30. „	210 000 Wahlendernummern, vierseitig.
31. „	207 000 Wahlendernummernfolge 75
1. April	8 050 Sonderbeilagen: Chemnitz. Das
	Solium muß fallen.
1. „	206 000 Wahlendernummernfolge 76
2. „	280 000 Wahlendernummernfolge 77
4. „	196 000 Wahlendernummernfolge 78
5. „	189 000 Wahlendernummernfolge 79
6. „	164 000 Wahlendernummernfolge 80
7. „	172 000 Wahlendernummernfolge 81
9. „	200 000 Wahlendernummernfolge 82
9. „	9 150 Sonderbeilagen.
13. „	5 000 Sonderbeilagen: Dresden.
14. „	415 000 Wahlendernummernfolge 87.
15. „	428 000 Wahlendernummernfolge 88.
27. Mai	10 000 Sonderbeilagen: 10 Jahre Kampf
	um Chemnitz.
30. „	9 200 Sonderausgaben: Währung zu-
	rückgetreten
2. Juli	13 100 Sonderbeilagen: Chemnitz.
8. „	140 000 Flugblätter, vierseitig.
23. „	16 800 Sonderbeilagen: Adolf Hitler
	lebt.
1. August	39 100 Sonderausgaben, vierseitig.
5. Oktober	215 000 Sonderbeilagen: Mittelstand.
16. „	77 000 Kampf für den Mittelstand.
	8 Seiten.
2. November	77 000 Kampf für den Mittelstand,
	8 Seiten.
5. „	20 000 Flugblätter, Seite 1 und 2
	der Nr. 200.
7. „	9 200 Sondernummern: Wahlergeb-
	nisse vierseitig.
8. „	250 000 Flugblätter: Schluss mit dem
	Ersten.
9. „	252 000 Flugblätter: Kampfergebnisse
11. „	221 000 Flugblätter: Wie lange noch,
	vierseitig.
11. „	112 000 Sonderbeilagen, vierseitig.
11. „	71 000 Flugblätter: Säubert die Na-
	tionäre, vierseitig.
2. Dezember	26 000 Sondernummern, vierseitig.
16. „	212 000 Warenhaus-Sondernummern,
	vierseitig.

1933	
20. Februar	100 500 Wahlendernummern 1.
21. „	100 000 Wahlendernummern 2.
22. „	80 000 Wahlendernummern 3.
23. „	96 000 Wahlendernummern 4.

24. Februar	115 000 Wahlsondernummern	5.
27. „	132 000 Wahlsondernummern	6.
28. „	139 000 Wahlsondernummern	7.
1. März	181 000 Wahlsondernummern	8.
2. „	57 300 Wahlsondernummern	9.
3. „	160 000 Wahlsondernummern	10.

Diese Zahlen, in allen Gauen überall und von Wahlkampf zu Wahlkampf, von Aktion zu Aktion wiederkehrend oder sogar noch wachsend, beweisen die damaligen Erfolge solcher Großleistungen. Zwischen den Zeilen aber steht die in Zahlen nie auszudrückende Kampfkameradschaft, die zwischen dem einzelnen Parteigenossen und seiner Zeitung lebendig war. Mit bezahlten Kräften waren derartig umfangreiche Anwendungen nie möglich gewesen, so aber ließ diese enge Verbundenheit manchen kleine Blättchen an Wirkung weit bedeutender scheinen als es an laufender Auflage Stellung hatte. Oft, ja in den meisten Fällen wurden die Sonderausgaben nicht verschenkt, wie das andere Parteien durch stundenweise bezahlte Austräger tun ließen, sondern der nationalsozialistische Aktivist ging ohne Gewerbechein und Genehmigung auf eigene Gefahr von Dorf zu Dorf und von Haus zu Haus. Er half mit dem Vertrieb der einen Sondernummer zur Finanzierung einer noch härteren. Der „Kampferlag“ Verlag hatte für die in der Pressearbeit besonders eifrigen Parteigenossen ein vertrauliches „Schulungsblatt“, „Der Pressewart“, herausgebracht. Wie stark das Verständnis für pressereligiöse Notwendigkeiten in den Reihen der Bewegung lebendig war, soll hier ein Auszug aus der Geschichte des ersten Sturms der Marine S. A. zeigen.

„In diesen Tagen begannen die Männer von der Marine S. A. sich auf ein Gebiet zu begeben, das eigentlich nicht zu ihrem ureigensten Aufgaben- und Interessenzirkel gehört. Sie gründeten eine Zeitung. Eine richtige Zeitung. Sie nennen sie stolz „Der Sturm“. Mit welchem Eifer stürzt sich alles auf die neue Arbeit. In der ganzen Stadt stehen die Männer mit der neuen S. A.-Zeitung. In der Ervaldungsstraße sitzen derweil die beiden „Chefredakteure“ mit ihren Kameraden Nacht um Nacht an den Fenstern der kleinen Geschäftsstelle, um mit den Pistolen in den Händen die wutenden nächtlichen Angriffe der Kommande auf die Räume der „Redaktion“ abzuwehren. Viel guter Wille steckt in dem Werk, aber ungewohnt mit Geld zu

rechnen eine Schwache, die ja vielen Seeleuten nun einmal eigen ist, muß „das Weltblatt“ bereits nach der sechsten Nummer wegen zu schwacher Finanzen sein Erscheinen einstellen, worauf die Kommunisten in ihren Zeitungen von einem entscheidenden Niedergang der Nazi-presse schreiben. Mit Zeitungsdirektoren ist aber verlaßt bei der Marine S. A. keine Liebe mehr zu gewinnen. Das haben sie seitdem den Kameraden in den Redaktionen der Gaulatter überlassen.“

Ihren schwersten und leistungswichtigsten Einsatz erlebte die junge N. S.-Presse im härtesten Kampfsjahr der Bewegung, 1932, dem Jahr der dreizehn Wahlkämpfe vor der Machübernahme. 121 N. S.-Blätter standen gegen 4526 andere Zeitungen im Kampf. Miliärische Erhebung der bezahlten Auflagen wurden sehr offiziell von München angeordnet, um den gefährlichen Flugblattmangel der äußerst erschöpften Propagandaabteilungen durch meist der Tagesausgabe entnommene vierseitige Sonderdrucke auszugleichen. Unsere Blätter erhielten damals eine ganz besondere redaktionelle Wirkungsstärke und hohe Aktualität durch ein großzügiges System von telefonischen Meldedepeschen, die Reichspressechef Dr. Dietrich im ganzen Reich eingerichtet hatte, um die von ihm schnellstens redigierten sensationellen Berichte über die Deutschlandstunde des Führers sofort in alle Partei- und Gaulblätter zu bringen. Eine Armee von Schnellschreibern war jeden Abend in höchster Anstrengung eingesetzt, um zusammen mit zahlreichen Helfern, Boten, Kraftfahrern usw. diesen einzigartigen Meldedepparat mit minutöser Genauigkeit in Bewegung zu setzen, damit die gewaltigen persönlichen Anstrengungen des Führers gewissermaßen durch ein Schneekaskaden der Telefonberichterstattung redaktionell vertausendfacht wurden, um Millionen Volksgenossen damit zu erfassen. Und sie wurden erfasst. . . Wenn der Führer die letzte Kundgebung verließ, waren unsere technisch erstach so bescheidenen Notationen bereits die ersten fertigen Nummern in die Arme der vor Spannung stehenden Aktivist der Partei. Einen halben Tag später erst kamen die anderen Blätter mit den ersten Berichten.

Einen interessanten Querschnitt durch die redaktionelle Entwicklung unserer Presse im

Jahre 1932, wie sie in der zentralen Zeitung der Partei aufmerksam verfolgt und geleitet wurde, gibt das Tagebuch von Dr. Goebbels. Da heißt es zu Beginn des Jahres am: 13. Januar 1932: „Ich schreibe eine Denkschrift über die Reorganisation unserer Presse. Die ist so nötig wie das tägliche Brot . . .“; am 24. Februar 1932: „In Berlin wurden „Völkischer Beobachter“ und „Flammenerwerfer“ beschlagnahmt. Das ist der Kampf des Systems.“

Der „Flammenerwerfer“ war ein wirkungsvolles Kampfmittel in schwarz-rotem Druck, vierseitig, Berliner Format, in riesiger Auflage im ganzen Reich als Wahlkampfmittel neben der Gaupresse verwendet. Außerdem wurden in dieser Zeit die Gaupresseämter von Dr. Dietrich erstmals intensiv eingesetzt. Sie mußten die pressepolitische Lage genauer erkunden, die bürgerliche Presse für unsere Wahlkampfzwecke nach Möglichkeit zu gewinnen suchen, insbesondere heimtückische Presseangriffe oder Inzereien so rechtzeitig in Erfahrung bringen, daß noch Abwehrmaßnahmen möglich blieben. Schließlich galt es, besonders fähige Parteigenossen für die Pressearbeit einzusetzen.

Hierüber schreibt Dr. Goebbels am 6. März 1932: „Dr. Dietrich hat die Presse in einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt. Es ist jetzt die Garantie gegeben, daß Presse und Propaganda absolut Hand in Hand arbeiten . . .“ und am 21. März 1932: „Die nationalsozialistische Presse ist im Kaiserhof versammelt. Der Führer spricht. Die neue Aktion wird barackelt.“

Hier verdient eine Erinnerung an eine Reichspropaganda-tagung des Jahres 1931 in München eingeschoben zu werden, da der Führer damals schon genau vorausahnte, daß die starken Schwierigkeiten der letzten Kämpfe der Partei weniger im Straßenterror als in der Lügenflut aus nichtnationalsozialistischen Blättern entstehen würden. Das trat gerade 1932 am deutlichsten in Erscheinung, doppelt hart also, wenn Dr. Goebbels dann berichtet: „23. März 1932. Der „Angriff“ ist wieder auf eine Woche verboten worden. Unsere anderen Zeitungen wurden schon in den letzten Tagen verboten. Damit ist die ganze nationalsozialistische Presse lahmgelegt.“

Der 2. April 1932 ist wieder ein Lichtblick: „In Hannover wird Herrn Moske von einem anständigen Richter verboten, uns weiterhin zu verbieten, Zeitungen in erhöhter Auflage zu verbreiten. Das ist ein schwerer Schlag für das System . . .“ Weiter geht die Erziehungsarbeit für einen verstärkten Einsatz. Im Juni ruft der „Völkische Beobachter“ alle Parteigenossen, die innerhalb oder außerhalb unserer Parteipresse im journalistischen Beruf stehen, zu einer losen Vereinigung ohne Beitragsverpflichtung in die „Reichsarbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Journalisten“, die im Braunen Haus ihre Zentrale hatte.

Das Tagebuch des Reichspropagandaleiters berichtet weiter: 10. Juli 1932: „Mit unserm Reichspresseschef Dr. Dietrich wird die Einschaltung der nationalsozialistischen Zeitungen in den Wahlkampf festgelegt. Bei dieser Wahlaktion muß alles an einem Strang ziehen. Auch die Presse dient bis zur Entscheidung nur unseren propagandistischen Zielen. . .“

15. September 1932: „Der „Angriff“ wird vergrößert. Er soll bis zur Wahl täglich zweimal erscheinen; da die bürgerliche Presse, die zum großen Teil auch von unseren eigenen Parteigenossen gelesen und gehalten wird, scharf gegen uns Stellung nimmt, bleibt uns nichts anderes übrig, als gegen sie den Vorkampf zu organisieren.“ 26. September 1932: „Die ganze Organisation der Berliner Partei arbeitet mit Hochdruck am Zeitungsboykott. Es wird uns doch auf die Dauer gelingen, die bürgerliche Presse zu einer ausländischen Tonart zu zwingen.“

1. Oktober 1932: „In unserer Pressewesen werden einige Änderungen getroffen. Die gegenwärtigen Leistungen reichen für die erweiterten Aufgaben, die jetzt gelöst werden müssen, nicht aus. Vielfach auch versichern unsere Journalisten nicht, daß es in der Wahlzeit in der Hauptsache auf die propagandistischen Wirkungen der Zeitungen ankommt. Sie sind meist zu gründlich und eber für die Wissenschaft als für die schwarze Kunst geeignet. . .“

Nach einer schweren Berliner Versammlung gegen die Reaktion aber wird die enge Verbundenheit zwischen Front und Bewegungspresse besonders deutlich in der Notiz vom 28. Oktober 1932, wo es heißt: „Das Horst-

Wessel-Lied steigt, nachtrag gesungen, in den regnerischen Abend hinaus. Ein seltenes Gefühl des Sieges erfüllt uns alle. . . . Sofort auf die Redaktionen und diktiert. Wir werfen eine Millionen Sondernummern auf die Straße, weil wir mit Recht vermuten, daß die Deutschnationalen unter Zuhilfenahme ihrer pressemäßigen Übermacht die Niederlage in einen Sieg umzuwandeln werden. Am besten wirkt da der wiedergegebene Wortlaut der Reden, die gehalten worden sind.

Um 3 Uhr nachts sind wir mit der journalistischen Bearbeitung fertig. Um 6 Uhr werden unsere Zeitungen schon an den Untergrundbahnhöfen verteilt. . . ."

In diesen für die Bewegung nicht leichten Tagen sprach Dr. Dietrich auf einer Reichsführer-tagung der Partei über die Presse und die Zeitungspolitik der N.S.D.A.P. In seinen grundlegenden Ausführungen konnte der Reichspresschef auch bekanntgeben, daß etwa hundert Tageszeitungen bereits ihren täglichen Einfluß als Blätter der Bewegung wirken ließen. So ist es begreiflich, wenn der Reichspropagandaleiter aus dieser Zeit berichtet:

4. November 1932: „Unsere Presse steht uns in dieser Aktion tapfer und uneingespart zur Seite. Sie ist neben unserem rednerischen und propagandistischen Plan unsere einzige Waffe. . . .“ Leider erkennt das auch der Gegner und will die Lage ausnützen. Aber so einfach ist das nicht. . . ."

5. November 1932: „Die Regierung nötigt uns für die letzte Nummer des „Angriff“ vor der Wahl eine Zwangsausgabe auf. Wir geraten in eine außerordentlich prekäre Situation. Diese Nummer soll also die letzte Lesekost für die eigenen Parteigenossen und Anhänger vor der Wahl sein. Ehe wir selbst unsere Hände dazu bieten, unsre eigenen Parteigenossen zu verpressen, greifen wir zu einem verzweifeltsten Mittel. Die Gesamtnummer des „Angriff“, die diese Zwangsausgabe enthält, wird abends feuerlich in den Kanal hineingeworfen. Nimm und lies! . . ."



Als nun die wichtigen Verhandlungen zwischen „Kaiserhof" und Wilhelmstraße beginnen, muß die Bewegungspresse in höchster Alarmbereitschaft stehen, um alle etwaigen Störungsversuche der noch immer sehr bedeutsamen Sozialpresse abzuwehren. Langsam rückt unsere Presse

an die immer aktueller werdenden Probleme der Regierungsubernaahme. Ein neues ungewohntes Gebiet muß betreten werden, und so schreibt Dr. Goebbels denn am 12. November 1932: „Wichtig ist auch, daß wir in Berlin eine Morgenzeitung bekommen. Mit einem Abendblatt allein können wir uns nicht gegen die feindliche Großmacht Presse durchsetzen. Unsere Presse bleibt immer unser Sorgenkind; vor allem jetzt wird es schwer sein, die nationalsozialistischen Zeitungen durch die schwierige politische Situation hindurchzumanteln. Den „Angriff“ können wir nur mühsam und mit viel Umsicht und Vorsicht eine gewundene taktische Linie einhalten. Das ist für unsere Leute sehr schwer. Da heißt es aufpassen. . . .“ Gerade in diesen Endkämpfen tritt auch die große Bedeutung der oft auf scheinbar verlorenem Posten stehenden nationalsozialistischen Schriftleiter in gegnerischen Betrieben hervor. Mander Volksgenosse weiß heute noch nicht, wie sehr sein Urteil über einzelne Parteien und Männer durch scheinbar ganz harmlose Artikel beeinflusst wurde. Artikel, die nicht selten der einzige Ausgleich waren gegenüber dem mit Geld oder mit behördlichem Druck in die Zeitung gebrachten, oft ebenfalls getarnten Wahlkampfartikeln der Gegner. Besonders wichtig aber wurde am 24. November 1932 der schneidige Einsatz einiger Schriftleiter im „Deutschen Nachrichtenbüro“. Hierüber berichtet der Adjutant des Reichspresschefs, Hauptschriftleiter Hg. Alfred Jagemar Berndt. Er gehört zu den wenigen Journalisten, die in der ersten Kampfzeit außerhalb des Zentralverlags ihre kleine Zahl durch umso größeren Einsatz ausglich.

„Die acht nationalsozialistischen Schriftleiter im D.N.B. hielten wie Pech und Schwefel zusammen; gemeinsam organisierten sie während der verschiedenen Regierungsverhandlungen des Führers und der Kaiserhof-Tage für den Reichspresschef der N.S.D.A.P., Dr. Dietrich, und den Berliner Gaupressenamtsleiter Hans Hinkel einen politischen Informationsdienst, der der Gegenseite außerordentlich unangenehm war, dessen Quelle man aber nicht erriet. Dieser Informationsdienst und die Arbeit der N.S. Schriftleiter im D.N.B. waren in diesen Tagen der Krise um so wichtiger, als bei der im zweiten Halbjahr 1932 immer klarer zutage tretenden ablehnenden Haltung der Deutschnationalen

Zur die Unterdrückung!

Gegen die Ausbeutung!

Der Angriff

20 Pf.

Verantwortlicher: Dr. W. W. W.

Das deutsche Arbeiterblatt in Berlin

Nummer 1	Berlin	Montag, den 4. Juli 1927	Jahrgang 1927
----------	--------	--------------------------	---------------

Vor einem Kommunistenputsch?

Dr. W. W. W.

Die Kommunisten sind in der Lage, einen Putsch zu veranlassen. Sie haben die nötigen Kräfte, um die Regierung zu stürzen. Sie haben die nötigen Kräfte, um die Regierung zu stürzen. Sie haben die nötigen Kräfte, um die Regierung zu stürzen.

Protest gegen den Brandstiftung

Brandstiftung

Die Kommunisten sind in der Lage, einen Putsch zu veranlassen. Sie haben die nötigen Kräfte, um die Regierung zu stürzen. Sie haben die nötigen Kräfte, um die Regierung zu stürzen.



Ständchen — in Schönen



Die erste Folge des „Angriff“

Sondernummer 1

Der Stürmer

Stürmer-Verlag, Berlin

Verleger: Dr. W. W. W.

Verlag: Dr. W. W. W.	Verlag: Dr. W. W. W.
----------------------	----------------------

Blutiger Überfall Der Judenrechte in Erlangen

Die Judenrechte in Erlangen sind in der letzten Zeit sehr bedauerlich gesunken. Die Judenrechte in Erlangen sind in der letzten Zeit sehr bedauerlich gesunken. Die Judenrechte in Erlangen sind in der letzten Zeit sehr bedauerlich gesunken.

Die Judenrechte in Erlangen sind in der letzten Zeit sehr bedauerlich gesunken. Die Judenrechte in Erlangen sind in der letzten Zeit sehr bedauerlich gesunken. Die Judenrechte in Erlangen sind in der letzten Zeit sehr bedauerlich gesunken.

Die Judenrechte in Erlangen sind in der letzten Zeit sehr bedauerlich gesunken. Die Judenrechte in Erlangen sind in der letzten Zeit sehr bedauerlich gesunken. Die Judenrechte in Erlangen sind in der letzten Zeit sehr bedauerlich gesunken.

„Der Stürmer“ am Beginn seines Kampfes

Volkspartei, insbesondere nach der Reichstagsauflösung vom 12. September 1932, dem B. V. G. Streik und der Novemberwahl, die Telegraphen-Union, die der Partei jahrelang zur Verfügung gestanden hatte, als Nachrichtenquelle anzuschließen begann.

Am 23. November abends hatte im B. V. G. ein Parteigenosse als Chef vom Dienst die Reaktionsanweisung. Gegen 21 Uhr mußten wir feststellen, daß, von amtlicher Seite inspiriert, einer der damaligen Hauptschriftleiter einen Kommentar für den *Consilium* diktiert hatte, der als regelrechter Deschloß gewertet werden mußte. In diesem Kommentar wurde der Führer bosartig verleumdet und des Wortbruches beschuldigt. Zunächst „gerieten“ einmal — wie so etwas mit nauseindlichen Manuskripten leicht vorkommen konnte — die Korrekturabzüge des Kommentars tief unter anderes Material und fanden sich erst so spät wieder, daß der Kommentar für die Morgenblätter in den meisten Fällen nicht mehr zureichend. Zu zweit gingen wir dann mit Schreibmaschinendurchschlägen des Kommentars in den Kaiserhof zu Dr. Dietrich, der seinerseits nun sofort den Führer informierte. So konnte, noch ehe der Kommentar veröffentlicht war, bereits eine schlagkräftige Abwehr dieses aus dem Hinterhalt abgegebenen Schusses gesichert werden.

Es war am Mittag des nächsten Tages. Als einem Telefongespräch, das einer der Hauptschriftleiter vertraulich, offenbar mit dem Staatssekretär der Reichskanzlei, Herrn Plaut, führte und dessen unfreiwilliger Zeuge ein Parteigenosse geworden war, ergab sich, daß die Presseabteilung der Reichsregierung für den Abend eine Pressekonferenz plante, auf der, selbstverständlich mit entsprechend gefärbten Kommentaren, ein Teil des Briefwechsels zwischen dem Führer und Herrn von Papen bzw. dem Führer und dem Büro des Reichspräsidenten der Öffentlichkeit übergeben werden sollte. Nach einer halben Stunde telefonischer Bemühungen gelang es, Pg. Hinkel zu erreichen und ihn von dieser Absicht in Kenntnis zu setzen.

Es glückte Pg. Hinkel, rechtzeitig Presseschef Dr. Dietrich von der Absicht der Reichsregierung zu unterrichten. In Vorahnung des Kommenden war auf Anordnung des Führers durch Julius Schaub bereits die Vervielfältigung des bis dahin vorliegenden Brief

wechsels vorgenommen worden, um den Briefwechsel ungekürzt der gesamten Presse zur Verfügung stellen zu können, und damit zu verhindern, daß ihr ein falsches Bild über die Verhandlungen gegeben werde. Im Laufe des Nachmittages erließen Ministerialdirektor Mads, der damalige Presseschef der Reichsregierung, bei Dr. Dietrich und bat, von einer Veröffentlichung der Dokumente vorläufig abzusehen. Die Absichten der Regierung wurden dadurch nur noch deutlicher. Das Berliner Hauptpressenetz wurde mobilisiert und der gesamte Schreib- und Vervielfältigungsapparat eingepannt. Am späten Nachmittag ging der Schlussbrief des Führers an das Büro des Reichspräsidenten heraus. Eine Viertelstunde später war auch dieser Brief vervielfältigt, und Dr. Dietrich konnte in aller Eile eine Pressekonferenz zusammenbringen. Zur 19 Uhr war die Pressekonferenz vorgeföhren, die die Reichsregierung beabsichtigte. Es gelang, die Reichsregierung um eine halbe Stunde zu schlagen und durch die schnelle Arbeit und die rechtzeitige Kenntnis der Absichten der Regierung schon zur 18.30 Uhr eine Pressekonferenz in den „Kaiserhof“ einuberufen. Auf dieser Pressekonferenz erhielt die Presse nun den ungekürzten Briefwechsel. Ferner gab Hermann Göring einen Kommentar, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließ . . .“



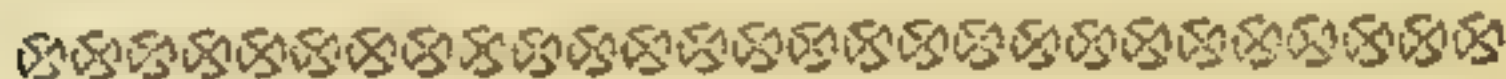
Am 3. Januar 1933 schreibt Dr. Heebkels:

„Ich gebe der Redaktion neue Anweisungen und umreiße die Tendenz, nach der jetzt gearbeitet werden muß. Unsere Presse in Berlin hat sich fabelhaft herausgemacht. Sie hält jeder Konferenz mit den bürgerlichen Zeitungen stand . . .“

Mit dieser hochverdienten Anerkennung geht die Bewegungspresse in die Zeit der vom „Angriff“ als erstem Blatt verkündeten Machtübernahme. Noch bringen die nächsten Monate genau die gleichen Anforderungen des unmittelbaren propagandistischen Einsatzes; dann aber beginnt im Sommer 1933 der Kampf nach innen, das jahe Ringen um den Ausbau und um eine Form, die, dem alten Geist immer ver-

binden bleibend, auch den Repräsentationspflichten einer nationalsozialistischen Staatspresse gerecht wird. War aus dem wild bedruckten Papier zunächst eine gefährdete Waffe der Opposition und dann die geachtete Vertretung der Partei geworden, galt es nun zum würdigen Mittel der Volks- und Staatsführung zu werden. Der Nation das immer besser werdende Erziehungs- und Bildungsmittel der breiten Masse zu sein, ist heute die Mission des gewaltigen pressepolitischen Apparates, der immer mehr aufsteigt im unglaublich wirren Dickschicht des liberalistischen Pressegestrüppes. Die roten Schwärze dieses Urwaldes sind trockengelegt, die Schwärze werden folgen und ein ebenso fruchtbares wie vielverzweigtes Wachstum sichert der Nation einen der Pracht des Reiches und der Idee wahrhaft würdigen Blätterwald nationalsozialistischer Zeitungen. „Manchester Guardian“

schrieb kürzlich: „In der deutschen Presse angegriffen zu werden, ist eine ernste Sache.“ Und wer im „drüßlichen“ Österreich mit einem Blatt der N.S.D.A.P. getroffen wird, kann sich im Kerker über „Nachstenliebe“ die entsprechenden Gedanken machen oder sich an die ebenso krankehaft bekämpften Antanaszenen des „corpus delicti“ erinnernd — trösten. Unsere Presse ist eine ebenso beliebte wie gefährdete Macht geworden. Ihr Wachstum bedarf auch weiterhin der sorgsamsten Pflege und der Mitarbeit aller. Niemand weiß das besser, als die verantwortlichen Männer in den Redaktionen und Verlagen. In diesen Parteinossen lebt das unablässige Bemühen um einen Stil, den nach einem Worte Alfred Rosenberg „die Aufgabe der Schrift nicht die Mangelhaftigkeit bedeutet, ausbrechende Gefühle niederzuliegen, sondern im Dienste der Geistes- und Seelengestaltung zu stehen“



Fragekasten

3 A., Berlin.

Die Zahl der Vertrauensmänner beträgt bei 60 Gefolgshausmitgliedern drei. Müssen nun zusätzlich drei gewählt werden und tritt als vierter der Betriebsführer hinzu, oder dürfen nur zwei gewählt werden und tritt als dritter der Betriebsführer hinzu?

Nach dem N.D.H. (§ 7) beträgt die Zahl der Vertrauensratsmitglieder bei 60 Gefolgshausmitgliedern drei. Es müssen also durch die Wahl drei Vertrauensmänner aus der Hauschaft gewählt werden. Der Betriebsführer steht nicht zur Wahl. Der Betriebsführer tritt also als vierter Vertrauensmann in den Vertrauensrat.

Die Zahl der zu wählenden Vertrauensmänner beträgt im Betrieb nur

20	10	Bediensteten	2	Vertrauensmänner
50	00	"	3	"
100	00	"	4	"
200	00	"	5	"

Diese Zahl erhöht sich nur je 10 weitere Bedienstete und für jede anhängende 100 Bedienstete um einen Vertrauensmann und umfasst im Bedarfsfall außer dem Betriebsführer zehn Personen. Hierin kommt in jedem Falle dieselbe Zahl von Vertrauensmännern.

G. St., Berlin W.

Welche Voraussetzungen muß ein Gefolgshausmitglied erfüllen, um in den Vertrauensrat seines Betriebes gewählt werden zu können?

Mit dem Stütz zur Bedienung der nationalen Arbeit ist der Betriebsrat als einseitige Interessenvertretung der Gefolgshaus verschwunden. Die Arbeitskameraden wählen Vertrauensmänner, die dem Betriebsführer beratend zur Seite treten. An diese stellt das Gefolgshaus die Anforderungen. Darüber heißt es in § 8: Vertrauensmann soll nur sein, wer das 25 Lebensjahr vollendet hat, mindestens ein Jahr dem Betriebe über-

dem Unternehmern angehört und mindestens zwei Jahre im gleichen oder verwandten Berufs- oder Gewerbeberuf tätig ist. Er muß die bürgerlichen Ehrenrechte beim Eintritt in die Deutsche Arbeitsfront angedroht durch vorbestehende oder andere Eigenschaften ausgezeichnet sein und die Gewerbe führen, daß er jederzeit rückhaltlos in den nationalen Kampf eintritt. Auch Frauen können Mitglieder des Vertrauensrates sein.

M. B., Hannover.

Laut Anordnung des Hauptorganisationsamtes wird das Hakenkreuz niemals allein getragen. Sondern immer in Verbindung mit dem Parteiabzeichen. Berechtigt zum Tragen des Hakenkreuzes sind:

1. Politische Leiter,
2. soweit sie Parteigenossen sind: S.A., S.S. und N.S.D.A.P. Führer
3. Angehörige der H.A. (inschl. W.D.M. und Jungvolk), ebenfalls soweit sie Parteigenossen sind.

Das Hakenkreuz wird lediglich auf dem Jutrock, niemals aber auf der Uniform getragen.

Werklicher Angehöriger, Essen.

Gemäß einem Abkommen zwischen Reichsführer Dr. Goebbels und Stabschef Tuge umfasst die Werkliche N.S.D.A.P. „K. 1“ grundsätzlich nur einen Betrieb eigenen Betriebes. Eine Ausnahmefallung von 100 Personen in anderen Betrieben gibt es nicht. Die Ausnahmen werden grundsätzlich von S.A. 1. wenn genau die Einsetzung erfolgt auf Vorschlag der zuständigen S.A. Dienststellen vom Dienststelleninhaber der D.A.G.

H. J., München.

Die Reichs-Rednerschule der Partei geht von Gau zu Gau. Erfasst werden in ihren Kursen die Gau- und Kreisredner und die Redner der Gaueinheiten. Die Reichs-Rednerschule ist der höchste Reichsgebiet zuständig. Die Gaupropaganda-Einheiten bilden die Redner für diese Kurse in theoretischen und praktischen Redner-Schulungsformen vor.

Das deutsche Buch

Berd Hubler:

„Das Dritte Reich“. Dokumentarische Darstellung des Aufbaues der Nation.

Hummel Verlag, Berlin NW 7, 1. Band 1934, 2. Band 1935; 498 Seiten. Preis bei Bestellung des Gesamtwerkes 15,- RM. pro Band, Einzelband 16,- RM.

Wissenschaftliche Genauigkeit und eine klare, nach Sachgebieten geordnete Zusammenfassung der wichtigsten Medien des Führers, der neuen Verträge und Verordnungen, sowie gut ausgewählte Bilder geben einen hervorragenden, von neuem Überblick über die ersten Jahre des Dritten Reiches. Jernstapel und Sachregister erheben die bequeme Brauchbarkeit des Werkes. Diese Arbeit hat vor allen Dingen den Vorzug, zur sachlichen Gewissenhaftigkeit der Darstellung zu verleiten. Die Zusammenfassung eines langwierigen Abwägens der Bewegung zu gewichten, der sich eine Charakteristik der wichtigsten Punkte nationalsozialistischer Politik erlauben darf und damit seine Arbeit nicht nur auf eine chronologische Darstellung beschränkt, sondern zu einem zuverlässigen Führer durch diese ereignisreiche Zeit ausgestaltet hat. Für Schulungsleiter, Erzieher und Redner, für Führer und Debatten kann die Arbeit sehr empfohlen werden.

Dr. Friedrich Burgdorfer:

„Aufbau und Bewegung der Bevölkerung“.

Ein Führer durch die deutsche Bevölkerungsstatistik und Bevölkerungspolitik mit 81 Abbildungen im Text.

Verlag Prof. Ambrosius Barth, Leipzig, 1935. Preis 16,- RM.

Was der um die deutsche Bevölkerungsfrage hochverdiente Direktor beim Statistischen Reichsamt Berlin in dem Band VII der demographischen Abhandlungen darlegt, stellt eine für die politische Erziehung und Schulung der Bevölkerung wertvolle Lektüre dar. Sie hat den Vorzug, mit zahlreichen Bildern und Tabellen die statistischen Daten in einer leicht verständlichen, aber auch sehr in wissenschaftlich strenger Form abgefaßten, aber auch sehr gut lesbaren Form darzustellen. Das Werk ist eine Ergänzung der bekannten Schriften Burgdorfers. Es ist nicht anzunehmen, wenn es sich um ein Ziel setzt, in der Kreis unserer Volksgenossen von der Bedeutung und dem Ernst der deutschen Bevölkerungsfrage zu überzeugen und ein Führer durch die deutsche Bevölkerungsstatistik zu sein.

Schwarz van Berl

„Die Stunbehalter“. Kurze Sprechstunde für Unpolitische.

Hanseatische Verlagsgesellschaft, Hamburg 1935. Preis kart. 2,50 RM. 136 Seiten.

Schwarz van Berl ist es gelungen, die Kampfbildung des „Angriffs“ in die Zeit nach dem 30. Januar bringen zu tragen. Auch die 25 Aufsätze dieses Buches beweisen das. Zeitliche Fragen auf dem neuen Werden sind so offen, so eindeutig und überzeugend entwickelt, daß die Leserschaft der Auflage für den Nationalsozialismus geradelt eine politische Erziehung, und für alle anderen zu einer klugen Einsicht und mit vollen Entschlossenheit der neuen Bewegung. Diese „Die Stunbehalter“ vermittelt treffliche Beispiele der neuen Volksgenossen.

Dr. Siegfried Kadner:

„Kasse und Humor“.

J. F. Lehmanns Verlag, München 1935, 50 B. bildungen, geh. 3,80 RM., Leinen 4,80 RM.

Wissenschaftlicher Ernst und deutliche Gründlichkeit vermitteln in ergötzlicher Anschaulichkeit einen sehr reichen Streifzug quer durch alle Gattungen des Humors der Völker. Durch die Suche moderner Kassenphysiologie werden an Hand zahlreicher Proben die bekannten Humorsitten und Komiker aller Zeiten betrachtet. Weit über hundert Persönlichkeiten verschiedenster Völker und Zeiten finden Erwähnung, und man staunt über die Vielseitigkeit der Beobachtung, die dieses Buchlein erreicht. Gerade weil unser täglicher Kampf uns leicht genügt sein laßt, ein Thema wie „Kasse und Humor“ als zweitrangig zu erklären, soll die Arbeit Kadners hier vor einem solchen Verdacht geschützt werden. Das Buch bietet eine positive Bereicherung des rationalen Weltbildes, ohne dabei doktrinaire Verfestigung des Urteils aufkommen zu lassen, was beispielsweise die vorsichtige Beurteilung Thomas und Valentins beweist.

Frau Dr. Johanna Haarer:

„Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind“.

mit 17 Abbildungen

Verlag J. F. Lehmann, München, 1934. Preis 3,20 RM. geb. 4,20 RM.

Ein Buch für die deutsche Volksgenossin, die allen hohen Pflichten ihrer Lebensaufgabe gegenüber gerecht werden will. Die Verfasserin geht aus von dem Streben, einer Kameradschaft der Mutter und ihrer, die Mutter werden wollen zu dienen. Mut und Mitleid, Verstand und Belehrung soll geboten werden, Ratgeber in allen kleinen und großen Angelegenheiten, die mit dem unruhigen Erleben der Mutter haften zusammenhängen. Ein Buch, das nicht der Ehe und der Mutter, sondern der deutschen Volksgenossin nur dankbar aus der Hand gelegt wird.

Heinrich Guthmann

„Zweierlei Kunst in Deutschland?“

Weltwirtschaftsverlag für Buch, Bühne und Film, Berlin, Weidenstraß 22/23.

Was dieses anerkennende Buch und sagen will, kann nicht besser zum Ausdruck kommen als es durch den Autor selbst in der Vorrede „Was sollen wir tun?“ von Heinrich Guthmann gesagt wird. „Schöpferische Leistungen werden nicht nur durch sich selbst anerkannt, und das dieses Buch als solche anerkannt werden darf, wird jeder Leser empfinden und bestätigen auch wenn der Charakter einer Kampfschrift zu Ausfällen führt, die künstlich zu weit gehen.“

Bernd Ehrenreich

„Marine-S.A.“. Das Buch einer Formation.

Hanseatische Verlagsgesellschaft, Hamburg 1936, kart. 3,- RM., Leinen 3,80 RM. 139 Seiten.

Wohl wird hier die Geschichte einer jüngeren Gliederung der Bewegung gezeigt, aber im Kampf mit der Elite Mecklenburg, der „Marine-S.A.“, haben die Nationalsozialisten an der Wasserfront eine sehr starke und ununterbrochene Kampfbildung. Diese Kameradschaft beweisen, die es verdient, im Buch festgehalten zu werden. Ein Teilnehmer des schweren Kampfes der jungen, vom Marxismus verbliebenen Formation schildert mit wachsender Anschaulichkeit die

herauschen Leistungen und Opfer dieser Männer, die seit 1930 tagaus, tagein bereit waren, „das Jahrhundert im allgemeinen und das Reichsbanner im besonderen in die Schranken zu fordern“, nach ihr erwerbsloses Dasein „zwischen Marschieren und Kämpfen, Schlagen und Geschlagenwerden“ in den Dienst der Bewegung zu stellen. Ein kraftvolles, gutes Buch.

Heinz Otto:

„Rot Nord“

Nationaler Freiheitsverlag, Berlin 1933, brosch. 1,80 RM., Leinen 2,60 RM.

Ein Parteigenosse, der von klein auf mitgekämpft hat und aus eigenem Erleben schreibt, schildert in klaren Zügen den Weg des jungen Großstadt-Arbeitslosen der Systemzeit, der, eigentlich arbeits- und wehrdienstfähig, keine Möglichkeit der Veräftigung findet. In seinem Ringen zwischen Not und Talentdrang fehlt die Volksgemeinschaft. So genügt ein kleiner Anstoß, um ihn zum Opfer des Kommunismus und zum Helden schänden des roten Terrors werden zu lassen, bis er im „Sowjet-Paradies“ umkommt. Ein Schicksal, das in geordneten Zeiten und Verhältnissen fast unbegreiflich erscheint und gerade deswegen immer wieder den noch immer zahlreichen Volksarmen gereizt werden soll, die nicht wissen, was Volksemissismus heißt.

Günter Kaufmann:

„Der Reichsberufswettkampf“.

Die berufliche Aufzucht der deutschen Jugend. Verlag Duncker & Hummel, Berlin, 1935. 1,60 RM.

Der Leiter der Presse- und Propagandakasse des Reichsberufswettkampfes gibt in der Schriftenreihe der deutschen Hochschule für Politik einen authentischen Überblick über die Aktion zur beruflichen Aufzucht der deutschen Jugend.

Zum gleichen Thema bringt Oberabschlußführer A. Krüger ein Bildwerk „Olympia der Arbeit“ mit aussergewöhnlichen Fotobildern von Hahn-Hahn im selben Verlag heraus. Die gute Ausstattung der 74 Bilder und der Stichreihe von 280 RM. lassen das Werk zu einem schönen Geschenk für die Teilnehmer am Wettkampf werden.

Gustav Kossinna:

„Die deutsche Vorgeschichte“

eine hervorragend nationale Wissenschaft.

7. Auflage (15.-25. Tausend), durchgesehen u. durch Anmerkungen erg. Verlag K. Köhler, Leipzig, 1936. 7.- RM., geb. 8,40 RM.

Diese neue Auflage des Fundamentes der modernen deutschen Vorgeschichtsforschung ist durch Anmerkungen über die neuen Ergebnisse und durch weitere Bilder so ergänzt worden, daß Kossinnas Arbeit nach wie vor am Anfang jeder Beschäftigung mit deutscher Vorgeschichte stehen muß und ihre grundlegende Bedeutung behält, so daß die bisherige Auflage noch keineswegs im richtigen Verhältnis zum Wert des Werkes steht.

Bücher zu unseren Aufgaben:

„Unsere N.S.-Presse“

Adolf Hitler:

„Mein Kampf“

Zentralverlag der N.S.D.A.P., München 2 MD, 1930.

Dr. Joseph Goebbels:

„Vom Kaiserhof zur Reichsfangzelle“

Zentralverlag der N.S.D.A.P., Frz. Eber Nachfolger, München 2 MD, 1934.

Dr. D. Dietrich:

„Mit Hitler in die Macht“

Zentralverlag der N.S.D.A.P., München 2 MD, 1934.

Gerhard Starke:

„N.S.D. und Deutsche Arbeitsfront“

Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Berlin 1934.

Eugen Hadamovsky:

„Propaganda und nationale Macht“

Verlag G. Stalling-Oldenburg, 1933. —

Dr. Hans A. Münster:

„Zeitung und Politik“

Universitätsverlag Robert Mook, Leipzig E 1, 1935.

Theodor Lüddecke:

„Die Tageszeitung als Mittel der Staatsführung“

Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, 1933.

„Deutsche Presse“

Zeitschrift des Reichverbandes der Deutschen Presse, Berlin. Sonderausgabe zum 2. Reichspressetag.

B. Ehrenreich:

„Marine-S.A.“, das Buch einer Formation.

Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, 1935.

Gau-Presseamt Hessen-Nassau:

„Das erste Presse-Kameradschaftslager der N.S.D.A.P.“

G.P.A., Frankfurt a. M., 1934.

Sonderausgaben

der parteiamtlichen Blätter in den Gaue

Auflage der März-Folge: 1 225 000

M a d r a d, auch auszugweise, nur m. Genehmigung d. Schriftl. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter, Hauptbildungsamt, Hauptchriftleiter u. verantwortl. f. d. Gesamthalt: Franz H. Wemmer, M.d.R., Berlin W 57, Potsdamer Str. 75, Fernruf B 7 Dallas 0012. Verlag: Zentralverlag der N.S.D.A.P. Franz Eber Nachf. G.m.b.H., Berlin SW 68 Zimmerstraße 88 Fernruf A 1 Waer 0022. Druck: M. Müller & Sohn K.G., Berlin SW 68.

Titelfolie: Kaiser Maximilian I.
Holzschnitt von Albrecht Dürer

DER SCHULUNGS BRIEF



SAMMELMAPPE

mit seinem in jeder Beziehung wertvollen Inhalt ist heute das wichtigste Organ der NSDAP. für weltanschauliche Erziehung. In Wort und Bild ist jede Folge also von dauernder Gültigkeit. Ein Grund mehr, um sowohl die bisher erschienenen als auch von Anfang an den Jahrgang 1936 pfleglich zu behandeln und in der würdigen und dauerhaften

S A M M E L M A P P E

aufzubewahren. Dann sind sie immer griffbereit als Handbuch nationalsozialistischer Weltanschauung.

Bestellen Sie auf dem Dienstweg die Schulungsbrief-Sammelmappen 1934-1936, die geschmackvoll aussehen, einfach, gediegen und mit ihrer Klemmnadelheftung sehr praktisch sind.

P r e i s : R M . 1 , 5 0 p r o M a p p e

berausen Leistungen und Opfer dieser Männer, die seit 1930 tagaus, tagein bereit waren, „das Jahrhundert im allgemeinen und das Reichsbanner im besonderen in die Schranken zu fassen“, und ihr erwerbsfähiges Leben in den Kampf und Kämpfen, „gegenwärtig“ in den Dienst der Nation zu stellen. Ein kraftvolles, gutes Buch.

Bücher zu unseren Aufgaben:

„Unsere N.S.-Presse“

Adolf Hitler:

„Mein Kampf“

Zentralverlag der N.S.D.A.P., München 2 MD, 1930.

Dr. Joseph Goebbels:

„Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“

Zentralverlag der N.S.D.A.P., Frz. Eber Nachfolger, München 2 MD, 1934.

Dr. D. Dietrich:

„Mit Hitler in die Macht“

Zentralverlag der N.S.D.A.P., München 2 MD, 1934.

Berhard Störke:

„N.S.D. und Deutsche Arbeitsfront“

Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Berlin 1934.

Eugen Hadamovsky:

„Propaganda und nationale Macht“

Verlag G. Stalling-Oltenburg, 1933. —

Dr. Hans A. Münster:

„Zeitung und Politik“

Universitätsverlag Robert Mose, Leipzig T 1, 1935.

Theodor Lüddecke:

„Die Tageszeitung als Mittel der Staatsführung“

Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, 1933.

„Deutsche Presse“

Zeitschrift des Reichsverbandes der Deutschen Presse, Berlin. Sonderausgabe zum 2. Reichspressefest.

B. Ehrenreich:

„Marine-G.A.“, das Buch einer Formation.

Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, 1935.

Bau-Pressamt Hessen-Nassau:

„Das erste Presse-Kameradschaftslager der N.S.D.A.P.“

B.P.A., Frankfurt a. M., 1934.

Sonderausgaben

der parteiamtlichen Blätter in den Gauen

Verlag, Berlin 1933, brosch. 1,50 RM.

der von klein auf mitgelämpft und Erleben schreibt, schildert in dem des jungen Großstadt-Arbeiters, eigentlich arbeits- und wehrfähigkeit der Betätigung findet. Zwischen Met und Latendrang steht. So genügt ein kleiner Aufstoß, der Kommunismus und zum Helden werden zu lassen, bis er im Kommt. Ein Schicksal, das in den Verhältnissen fast unbegreiflich deswegen immer wieder den noch Kameraden geistert werden soll, die Schicksalismus heißt.

„Berufswettkampf“.

ung der deutschen Jugend.

haupte, Berlin, 1935. 1,60 RM.

Presse- und Propagandastelle des es gibt in der Schriftenserie der für Politik einen authentischen len zur beruflichen Ausübung der

hema bringt Obergebietsführer

Widmer „Olympia der gezeichneten Lichtbildern von Haba- as heraus. Die gute Ausstattung

Stückpreis von 2,50 RM. lassen können Geschenk für die Teilnehmer

in.

„Vorgeschichte“

nationale Wissenschaft.

Zanlung), durchgesehen u. durch Verlag R. Kabisch, Leipzig, 1936. 1,50 RM.

des Fundamentes der modernen forschung ist durch Anmerkungen nisse und durch weitere Bilder so Kollinas Arbeit noch wie vor Beschäftigung mit deutscher Vor- und ihre grundlegende Bedeutung berige Auflage noch keineswegs im vom Wert des Wertes steht.

März-Folge: 1225 000

ungsweise, nur m. Genehmigung d. Schriftl. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter.

ausführlicher u. verantwortl. f. b. Gesamthalt: Franz H. Moweries, M.b.R., Berlin W 57, Potsdamer Str. 75. Fernruf B 7 Dasas 0012 Verlag: Zentralverlag der N.S.D.A.P. Franz Eber Nachf. G.m.b.H., Berlin SW 68 Zimmerstraße 88 Fernruf A 1 Platz 2022 Druck: R. Müller & Sohn R.M., Berlin SW 68.